



Wirtschaftspolitische Informationen

Globalisierung und Politikversagen US-Protektionismus – Ursachen und Folgen

Wir stehen vor einer Zeitenwende in der globalen Handelspolitik. Die Freihandelsdoktrin, die nach dem zweiten Weltkrieg die Handelspolitik beherrschte, wankt. Der durch die USA eskalierte Handelsstreit bringt die Weltökonomie an den Rand der nächsten Rezession. Das US-amerikanische Leistungsbilanzdefizit wird sich auf diese Weise nicht beseitigen lassen. Wir brauchen statt dessen neue Rahmenbedingungen für eine faire Globalisierung.

Die Globalisierung steht auch für eine zunehmende Ungleichheit in der Einkommens- und Vermögensverteilung. Das ist Ergebnis einer fehlgeleiteten Politik der rigorosen Liberalisierung. Vor allem seit der weltweiten Wirtschafts- und Finanzkrise 2009 wollen immer mehr Menschen diese Politik nicht mehr mittragen. Das ist der Nährboden für den Aufstieg der Populisten in den USA, aber auch in Europa.

Diese Entwicklung hat eine lange Vorgeschichte. Während auf die große Krise 1929 noch mit einem ‚New Deal‘, das heißt einer Ausweitung des Sozialstaates und der Regulierung der Märkte reagiert wurde, begann in den 1970er Jahren eine Welle der Deregulierung. Die Finanzmärkte boomen und dominieren mehr und mehr die reale ökonomische und politische Entwicklung. Die Politik scheint ohnmächtig. In der Konsequenz gewinnen populistische Positionen zunehmend an Einfluss.



Kurz & bündig

Globale Ungleichgewichte

Seit Mitte der 1970er Jahre explodierte die Globalisierung. Noch stärker als der Handel wuchsen die finanziellen Verflechtungen. Gleichzeitig nahmen aber auch die Überschüsse und Defizite in den Leistungsbilanzen zu.

Die Globalisierung brachte viel Wohlstand, der aber zunehmend ungleich verteilt ist. Vor allem innerhalb der Länder öffnete sich die Schere zwischen Arm und Reich.

US-Protektionismus

Die USA leiden unter einem hohen Leistungsbilanzdefizit. Vor allem im Handel mit industriellen Gütern geraten sie ins Hintertreffen. Deshalb sind die USA weltweit der größte Schuldner.

Der starke US-Dollar, Steuersenkungen und Staatsdefizite, eine sinkende Sparquote sowie permanente Krisenbekämpfung durch expansive Geldpolitik trieben das Leistungsbilanzdefizit.

Die Bekämpfung des Defizits mit zusätzlichen Schutzzöllen und Steuersenkungen geht an den Problemursachen vorbei. Mittelfristig droht das Defizit eher weiter zu steigen.

Notwendig ist eine neue Weltwirtschaftsordnung, um eine faire Globalisierung zu verwirklichen. Dazu gehören der Schutz und die Verbesserung von Arbeits- und Sozialstandards.

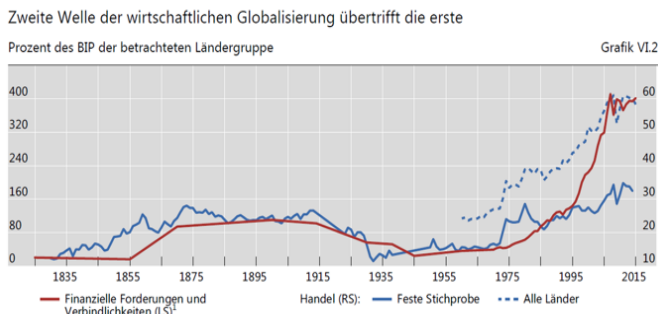
Autoren:
Wilfried Kurtzke und Beate Scheidt



1. Globalisierung und Ungleichgewichte

1.1 Entwicklung der Globalisierung und der weltweiten Wirtschaftsbeziehungen

Der moderne Welthandel hat eine lange Vorgeschichte. Die **erste Welle der Globalisierung** setzte mit einer starken Ausweitung der Handelsaktivitäten ab etwa 1850 ein. Den theoretischen Rahmen dazu setzten die ökonomischen Klassiker, allen voran Adam Smith und David Ricardo, die in ihren Schriften die ökonomischen Vorteile des freien Handels beschrieben und die Abkehr vom bis dahin herrschenden Merkantilismus einläuteten. Wie weit die wirtschaftliche Verflechtung damals schon reichte, wird daran deutlich, dass erst in den 1990er Jahren dieser Grad wieder erreicht wurde.



Quelle: BIZ Jahresbericht 2017

„Demgegenüber ist ein Handel ohne Zwang oder Beschränkung, den zwei Orte frei und regelmäßig miteinander betreiben, für beide stets vorteilhaft, wenn auch nicht immer im selben Ausmaß.“

Adam Smith
Der Wohlstand der Nationen, 1776

Dabei bildeten die internationalen Handelsstatistiken die weltwirtschaftliche Verflechtung damals nur sehr ungenügend ab. Große Teile der Welt lebten noch unter der kolonialen Herrschaft einiger europäischer Länder. Die Belieferung Europas mit Rohstoffen etwa aus Afrika geschah teilweise noch als Binnenhandel innerhalb der Kolonialmächte. Dominiert wurde diese erste Welle der Globalisierung von **Großbritannien** als damals wichtigste Wirtschaftsmacht. Sie endete mit dem ersten Weltkrieg. In der Weltwirtschaftskrise Anfang der 1930er Jahre brachen die internationalen Handelskontakte dann regelrecht zusammen. Die Staaten versuchten, durch Einfuhrbeschränkungen und die Abwertung ihrer Währung ihre preisliche Wettbewerbsfähigkeit zu verbessern, um so mit höheren Exporten und weniger Importen aus der Krise zu kommen. Da alle Staaten diese Strategie verfolgten, führte das nur zu einem Abwertungswettlauf, bei dem niemand ökonomisch etwas gewann, im

Gegenteil, die Krise verschärft wurde. Die weltweiten Handelsverflechtungen erholten sich bis zum zweiten Weltkrieg nicht wesentlich.

Noch während des zweiten Weltkriegs wurden die Weichen für eine neue wirtschaftliche Nachkriegsordnung gestellt. Die weltwirtschaftlichen Aktivitäten sollten schnell wieder zulegen, die Krisenphänomene aus der Zwischenkriegszeit überwunden werden. Treiber der Entwicklung waren jetzt die USA, die inzwischen zur mit Abstand größten Wirtschaftsmacht aufgestiegen waren. Ihre Vorstellungen (White-Plan) konnten sich gegen rivalisierende Konzepte aus dem Vereinigten Königreich (Keynes-Plan) durchsetzen. Vertreter aus 44 Staaten trafen sich im Sommer 1944 in **Bretton Woods** und **beschlossen eine umfassende Neuordnung der Weltwirtschaft**.

Das Währungssystem beruhte auf dem **US-Dollar als Leitwährung**, der zu einem festen Kurs in Gold bewertet wurde (damals mit 35 Dollar je Feinunze). **Alle anderen Währungen wurden mit annähernd festen Wechselkursen an den Dollar gebunden. Außerdem bestand eine Eintauschgarantie Dollar gegen Gold.** Der Kurs durfte um einen Prozent nach oben und unten schwanken. Bei größeren Kursausschlägen waren die nationalen Notenbanken dazu verpflichtet, durch Devisenkäufe bzw. -verkäufe den Kurs zu stabilisieren. Nur bei fundamentalen Zahlungsbilanzproblemen (z. B. große Defizite in der Handelsbilanz) durften größere Wechselkursanpassungen (Abwertungen) vorgenommen werden. Der US-Dollar konnte jederzeit gegen Gold eingetauscht werden. Das System wurde deshalb auch **Gold-Devisen-Standard** genannt. Schrittweise sollte allgemein die Devisenbewirtschaftung abgeschafft und die Währungen untereinander frei konvertierbar werden. Die Bundesrepublik Deutschland trat dem Bretton Woods Abkommen 1949 bei.

Zur Absicherung der neuen Ordnung wurden der **Internationale Währungsfonds (IWF)** und die **Weltbank** gegründet. Der IWF sicherte mit Krediten die Zahlungsfähigkeit von Staaten bei Zahlungsbilanzproblemen. Die Weltbank (eigentlich Weltbankgruppe, da sie aus verschiedenen, rechtlich eigenständigen Organisationen besteht) diente zunächst zur Finanzierung des Wiederaufbaus nach dem zweiten Weltkrieg. Später förderte sie vor allem Projekte in den Entwicklungsländern. Die Gründung einer internationalen Handelsorganisation scheiterte. Stattdessen einigten sich 23 Staaten auf ein **Allgemeines Zoll- und Handelsabkommen GATT** (General Agreement on Tariffs and Trade), das 1948 in Kraft trat. Ziel des Abkommens war die Liberalisierung des Welthandels durch den Abbau von Zöllen und anderen Handelshindernissen. Grundlage des Handels sollte die Meistbegünstigungsklausel (günstige Regelungen für einen Vertragspartner sollten für alle gelten) werden, In- und Ausländer sollten gleichgestellt werden. Von 1948 bis 1994 wurden in acht mehrjährigen Verhandlungsrunden die Regeln für große Teile des Welthandels festgelegt und große Liberalisierungsfortschritte erzielt.



Neben dem Währungssystem von Bretton Woods und der beginnenden Liberalisierung des Welthandels war die Ökonomie in allen Staaten geprägt von einer hohen Regulierungsdichte. Das betraf praktisch alle Bereiche der wirtschaftlichen Aktivitäten: die Finanzmärkte und die Arbeitsmärkte genauso wie das Wettbewerbsrecht. Die Steuersätze – vor allem bei den direkten Steuern – lagen auf vergleichsweise hohem Niveau. Die Daseinsvorsorge befand sich weitgehend in öffentlicher Verantwortung.

Ökonomisch war das System von Bretton Woods ausgesprochen erfolgreich. Unterstützt durch ein System, das bereits Anfang der 30er Jahre mit dem **New Deal** etabliert wurde. Dazu gehörten ein ausgeprägtes soziales Sicherungssystem, streng regulierte Finanzmärkte, eine offensive Ausgabenpolitik der öffentlichen Hand und hohe Steuersätze. Die Stärkung der Gewerkschaften sorgte zudem für eine gleichmäßigere Verteilung des Wohlstands. Der Wiederaufbau nach dem zweiten Weltkrieg schritt zügig voran, die Weltwirtschaft wuchs kräftig und der Welthandel kam wieder in Gang, auch wenn er noch weit vom Niveau der ersten Globalisierungswelle entfernt war. Wirtschaftskrisen waren weitgehend unbekannt. Doch im Laufe der Jahre geriet das relativ starre System immer mehr in Konflikt mit der sich dynamisch entwickelnden Weltwirtschaft. Grundsätzlich wurde das Problem von den Ökonomen Robert Mundell und Marcus Fleming als **Trilemma der Währungspolitik** benannt: Es ist unmöglich, gleichzeitig einen freien Kapitalverkehr, feste Wechselkurse und eine autonome Geldpolitik der Staaten zu ermöglichen. Bei freiem Kapitalverkehr und festen Wechselkursen muss die Geldpolitik die Wechselkurse stützen. Das kann zu Konflikten mit den binnenwirtschaftlichen Zielen, wie der Preisstabilität, führen.

Am Anfang erzielten die USA große Handelsbilanzüberschüsse (siehe auch Kapitel 2). Mit den Überschüssen finanzierten die USA Investitionen und Kredite für den Aufbau Europas („Marshallplan“), auch um den eigenen politischen Einfluss zu sichern. Später drehte die Handelsbilanz der USA ins Defizit. Einerseits war das notwendig, da nur über den kräftigen Nachfragesog aus den USA und dem damit verbundenen Dollarabfluss der zunehmende internationale Liquiditätsbedarf gedeckt werden konnte. Für die USA war es kein Problem, dies über eine Ausweitung der Geldmenge zu finanzieren. Andererseits kam der Dollar immer wieder unter starken Abwertungsdruck. Die anderen Staaten wurden zu Dollarkäufen und damit zu einer expansiven Geldpolitik gezwungen, die zu steigenden Inflationsraten führte. **Insgesamt wuchsen die Ungleichgewichte in der Weltwirtschaft.**

Anfang der siebziger Jahre kollabierte das System. Mit einer Konjunkturkrise und einem Leistungsbilanzdefizit sowie wachsenden Staatsschulden in den USA schwand das internationale Vertrauen in den US-Dollar. Zunächst mussten die USA ein Kernelement aufgeben. **1971 wurde die Golddeckung des Dollar offiziell aufgehoben.** Schon seit langem waren die USA

nicht mehr in der Lage gewesen, die wachsenden Dollarbestände gegen Gold einzutauschen. Das führte zur ersten schweren Krise. Zwei Jahre später war es endgültig vorbei. Das Ende des Systems wurde in Deutschland eingeläutet. Nachdem allein am Vormittag des 1. März 1973 1,7 Mrd. US-Dollar von der Bundesbank gekauft werden mussten, um den Kurs zu stabilisieren, befreite die Bundesregierung am nächsten Tag die Bundesbank von ihrer Verpflichtung. **Das war das Ende von Bretton Woods.**

„Dieses kühne System ... Brachte uns ein Zeitalter niedriger Arbeitslosigkeits- und Inflationsraten, mit starkem Wachstum und eindrucksvoll verringerter Ungleichheit.

Aber ach: Ende der 60er Jahre war dieses System erledigt. Wieso? Weil die USA ihrer Überschüsse verlustig gingen und allmählich in ein doppeltes Defizit (des Außenhandels und des Staatshaushaltes) abglitten.“

Yanis Varouvakis

Frühjahr 2018

1.2 Rahmenbedingungen der Globalisierung

Mit dem Zusammenbruch von Bretton Woods etablierte sich die bis heute gültige Weltwirtschaftsordnung. Wobei es kein festes, vertraglich fixiertes System mehr gab. Stattdessen folgten in den siebziger Jahren eine ganze Reihe ökonomischer und politischer Umbrüche, die bis heute die Rahmenbedingungen für die Weltwirtschaft definieren. Neben dem Kollaps des Bretton Woods Systems prägten eine internationale Ölpreiskrise, die erste große weltweite Rezession in der Nachkriegszeit und steigende Inflationsraten das Wirtschaftsgeschehen.

■ Währungssystem

Die Wechselkurse wurden freigegeben. Währungen sind frei konvertibel. Sie schwanken in ihrem Wert nach Angebot und Nachfrage. Das sollte Ungleichgewichte bei den Leistungsbilanzen eindämmen. Leistungsbilanzüberschüsse führen zu steigender Nachfrage nach der Währung, der Wechselkurs legt zu, Exporte werden damit teurer. Defizite führen entsprechend zu sinkenden Wechselkursen, die preisliche Wettbewerbsfähigkeit wächst. Der US-Dollar ist keine Leitwährung mehr und der Goldstandard wurde endgültig aufgegeben. Der US-Dollar hat sich aber am Markt als mit Abstand wichtigste Reservewährung etabliert. Praktisch hat sich damit die Rolle der US-amerikanischen Währung in der Weltwirtschaft gar nicht so sehr verändert. Innerhalb der Europäischen Gemeinschaft wurden die Wechselkurse nicht völlig freigegeben. Es wurde der Europäische Wechselkursverbund (aus dem später das Europäische Währungssystem und noch später die gemeinsame Währung Euro entstand) gebildet. Die Wechselkursschwankungen zwi-



schen den Mitgliedsländern blieben auf festgelegte Bandbreiten beschränkt.

■ Handelspolitik

Handelspolitisch wurde das GATT weitergeführt. Es wurde später ergänzt um das Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen GATS (General Agreement on Trade in Services) und das Abkommen zum Schutz geistigen Eigentums TRIPS (Trade-Related Aspects of Intellectual Property Rights). 1994 erfolgte die Gründung der **Welthandelsorganisation WTO** (World Trade Organization), unter deren Dach die Abkommen geführt werden. Die Durchsetzung von völligem Freihandel im Rahmen der WTO ist allerdings gescheitert. Dies wird versucht, in bilateralen und multilateralen **Freihandelsabkommen** umzusetzen.

■ Finanzmärkte

Gleichzeitig wurden die Finanzmärkte dereguliert und Kapitalverkehrskontrollen schrittweise abgeschafft. Zusammen mit Innovationen in den Informationstechnologien entstanden weltweit agierende Finanzmärkte, auf denen komplexe und teils hochrisikante Finanzprodukte in immer größerem Volumen zirkulieren.

■ Neoliberale Politik

1973 kam es, auch infolge der Ölpreiskrise, zur ersten weltweiten Rezession in der Nachkriegszeit. In Deutschland gab es erstmals mehr als eine Million registrierte Arbeitslose. Die Krise war geprägt von einem neuen Phänomen, der Stagflation (**stagnierende Produktion plus Inflation = Stagflation**). Die schwache wirtschaftliche Entwicklung hätte eine expansive Finanzpolitik erfordert, während die gestiegenen Inflationsraten eine restriktive Politik notwendig gemacht hätte. Die bis dahin praktizierte, von Keynes inspirierte Wirtschaftspolitik war damit diskreditiert. Daraufhin kam es in allen wichtigen Industriestaaten zu einem Politikwechsel. Kennzeichnend dafür ist die Wahl von Ronald Reagan in den USA, von Maggie Thatcher im Vereinigten Königreich und von Helmut Kohl in Deutschland. Staatliche Aktivitäten (vor allem des Sozialstaates) wurden zurückgedrängt, die Märkte (vor allem die Finanz- und die Arbeitsmärkte) dereguliert, öffentliches Eigentum privatisiert, die Inflationsbekämpfung bekam eine hohe Priorität. Es entstand ein internationaler Wettbewerb um die niedrigsten Steuern und die geringsten staatlichen Regulierungen.

Daneben veränderten sich die **Aktivitäten von IWF und Weltbank**. Über **Auflagen bei der Kreditvergabe** werden die Staaten, die Kredite benötigen, zu einer bestimmten Politik gezwungen: Die Märkte müssen für den internationalen Wettbewerb geöffnet und dereguliert werden. Staatsausgaben, vor allem für soziale Programme, müssen gesenkt werden. Öffentliches Eigentum wird privatisiert, die Steuern gesenkt. Die Verschuldung des Staates soll gesenkt werden. Löhne sollen ebenfalls sinken, die eigene Währung abwerten. Dieses Politikbündel wird als „**Washington Consensus**“ (1989) bezeichnet.

„Wenn man einem Papagei den Spruch ‚fiskalische Austerität, Privatisierung und Marktöffnung‘ beigebracht hätte, dann hätte man in den achtziger und neunziger Jahren auf den Rat des IWF verzichten können.“

Joseph Stiglitz

Die Schatten der Globalisierung, 2002

WTO (World Trade Organisation)

Anfang 1995 wurde die WTO gegründet. Ziel war die Förderung des Welthandels und der Abbau von Handelshemmnissen. Das GATT besteht als Abkommen innerhalb der WTO weiter. Heute (Stand März 2017) gehören der WTO 164 Staaten an, weitere 21 haben einen Beobachterstatus. Innerhalb der WTO haben alle Mitgliedstaaten gleiches Stimmrecht. Bei Verstößen gegen die WTO-Regeln greift ein Streit-schlichtungsverfahren.

Für den Welthandel hat die WTO zentrale Bedeutung: „98% des weltweiten Handels finden unter WTO-Bedingungen statt“ (Schmiege/Rudloff 2016). Allgemeine Zollsenkungen waren in den letzten Jahren immer weniger Thema der Verhandlungen im Rahmen der WTO. Hier war die Organisation bereits ausgesprochen erfolgreich, „... **weil der gewichtete weltweite Durchschnittszoll zwischen 1996 und 2012 von 34% auf 3% gefallen ist**“ (Schmiege/Rudloff 2016). Das wird sich nach der Einführung von Sonderzöllen der USA ändern.

Konfliktthemen waren zuletzt eher nicht-tarifäre Handelsbeschränkungen, Exportsubventionen, der Status einiger Schwellenländer (China, Brasilien, Indien) und der Zugang zu Agrarmärkten. Seit Ende der neunziger Jahre werden die Ministertreffen der WTO oft von großen Protestaktionen begleitet. Die WTO steht in der Kritik, die Marktliberalisierung über soziale und ökologische Belange zu stellen. Zuletzt gab es bei den WTO-Verhandlungen kaum noch Ergebnisse. Aktuell läuft die sogenannte Doha-Runde, die bereits 2001 begonnen und 2004 abgeschlossen werden sollte. Sie konnte bis heute nicht abgeschlossen werden. Stattdessen kam es vermehrt zum Abschluss von bilateralen oder multilateralen Freihandelsabkommen. Darin werden in der Regel Liberalisierungsschritte vereinbart, die weit über das WTO-Regelwerk hinausgehen.

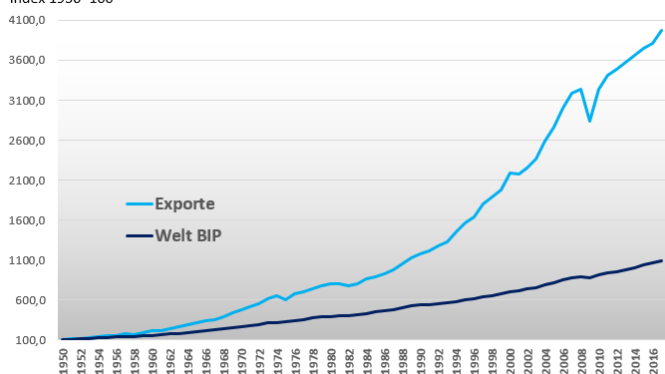
Die 1970er und 80er Jahre waren nicht nur von politischen und ökonomischen Umbrüchen geprägt. Auch technologische Umwälzungen haben die Globalisierung befördert. Fortschritte in der Telekommunikation haben die Möglichkeit zu einer schnellen und finanziell günstigen Kommunikation rund um den Globus ermöglicht. Das war eine wichtige Voraussetzung zum



Entstehen weltweiter Finanzmärkte und später zur Steuerung weltweiter Produktionsnetzwerke. Die Einführung der Container hat den internationalen Gütertransport revolutioniert und die Transportkosten erheblich gesenkt.

Unter diesen Voraussetzungen **explodierte die Globalisierung** ab Mitte der 1970er Jahre regelrecht. Die weltweite Wirtschaftsleistung stieg stark an, die Welt wurde materiell reicher. Noch viel stärker als die Wirtschaftsleistung nimmt der Handel zu. Die Wirtschaftsverflechtungen zwischen den Staaten wuchsen enorm. In der Zeit zwischen 1980 und 2017 hat sich das reale, also preisbereinigte, BIP fast verdreifacht. Das reale Volumen der Exporte hat sich dagegen verfünffacht.

Entwicklung von realem Welthandel und realer Weltwirtschaftsleistung
Index 1950=100



Quelle: World Trade Statistical Review 2018, eigene Berechnung Grafik: IG Metall, Koordination Branchenpolitik

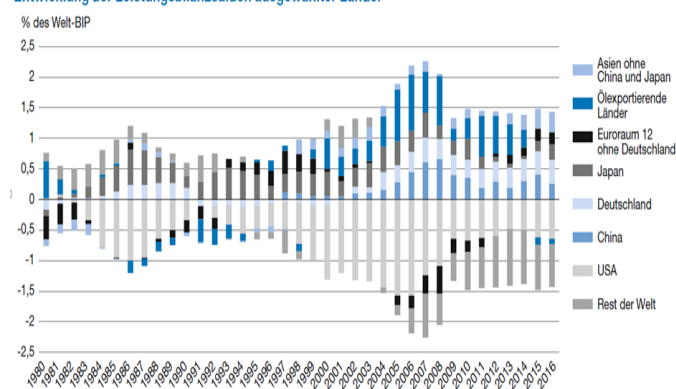
Diese zweite Phase (ab 1975) der Globalisierung (siehe Schaubild Seite zwei) unterscheidet sich nicht nur im wesentlich größeren Handelsvolumen von der ersten Phase (1855 bis 1918), sondern es gibt grundsätzliche, strukturelle Unterschiede:

- Früher war der Welthandel geprägt vom Austausch von Nahrungsmitteln und Rohstoffen. Heute entfallen mehr als die Hälfte des Welthandels auf industrielle Produkte.
- Ein großer Teil des Handels geht auf fragmentierte Produktionsprozesse in globalen Wertschöpfungsketten zurück. Dementsprechend ist der Handel mit industriellen Zwischenerzeugnissen stark angestiegen.
- Multinationale Unternehmen dominieren den Welthandel.
- Noch stärker als der Handel sind die finanziellen Verflechtungen angestiegen. „Finanzielle Auslandsforderungen und -verbindlichkeiten sind von 36% des BIP im Jahr 1960 auf rund 400% des BIP (293 Billionen US-Dollar) im Jahr 2015 in die Höhe geschneit“ (BIZ Jahresbericht 2017). Diese Entwicklung wurde vor allem von einem starken Anstieg reiner Finanzinvestitionen (Portfolioinvestitionen) getrieben, die die Finanzvolumina von den realen Entwicklungen entkoppelte.

1.3 Zunehmende Ungleichgewichte

Ungleichgewichte in der Handelsbilanz stellen für sich genommen kein Problem dar. Wenn sie beispielsweise durch entsprechende Ausgaben für Reisen ausgeglichen werden, stellt das nur eine spezifische Form der internationalen Arbeitsteilung dar. **Die entscheidende Größe bei außenwirtschaftlichen Ungleichgewichten ist nicht die Handelsbilanz, sondern die Leistungsbilanz.** Neben den Warenströmen werden dabei auch der Austausch von Dienstleistungen, der Zu- oder Abfluss von Einkommen aus ausländischem Vermögen und Übertragungen (private grenzüberschreitende Überweisungen, Zahlungen an internationale Organisationen) berücksichtigt. **Leistungsbilanzüberschüsse führen zwingend zum Aufbau von Vermögen im Ausland, Leistungsbilanzdefizite zum Aufbau von Auslandsverschuldung.** Die „Gegenbuchung“ zur Leistungsbilanz ist die Kapitalbilanz. Leistungsbilanz und Kapitalbilanz ergeben zusammen die Zahlungsbilanz. Die Zahlungsbilanz eines Landes ist immer ausgeglichen. Leistungsbilanzüberschüsse können auch interpretiert werden als nicht von den inländischen Investitionen absorbierte inländische Ersparnis. In diesem Sinne sind Leistungsbilanzüberschüsse auch Ausdruck einer Investitionsschwäche. Bei Leistungsbilanzüberschüssen wird die Ersparnis ins Ausland verliehen. Damit werden dort die laufenden Defizite finanziert. Zu den Warenströmen gehören immer auch die gegenläufigen Finanzströme.

Entwicklung der Leistungsbilanzsalden ausgewählter Länder



Quelle: Wirtschaftsdienst, 12/2017

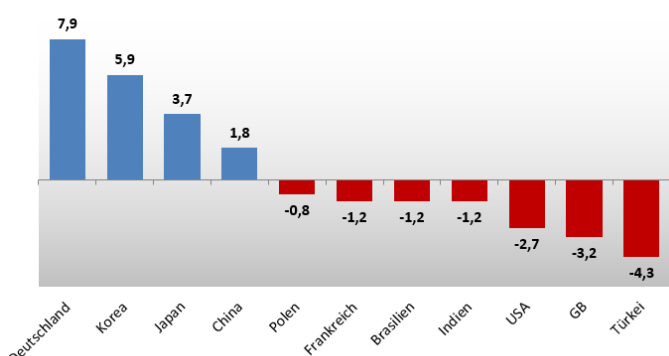
Leistungsbilanzungleichgewichte nehmen weltweit immer größere Ausmaße an. Bereits die Wirtschaftsordnung von Bretton Woods war letztendlich an den wachsenden Ungleichgewichten zerbrochen. Die flexiblen Wechselkurse sollten sie eigentlich verhindern. Dies ist nicht gelungen. Seit 1980 nehmen die Leistungsbilanzungleichgewichte, bezogen auf die weltweite Wirtschaftsleistung, immer größere Ausmaße an. Abgesehen von konjunkturellen Schwankungen ist der Trend eindeutig. Weil die Überschüsse der einen Länder immer zwingend die Defizite der anderen sind, sind Überschüsse und Defizite dabei immer gleich groß. Über viele Jahre gingen die Überschüsse vor allem auf Japan und die ölexportierenden Länder zurück. In den letzten Jahren spielten die Überschüsse von China und Deutsch-



land eine größere Rolle. Die Defizite fielen bis zum Finanzcrash 2007 fast ausschließlich bei den USA an. Danach ging ihr Anteil an den weltweiten Defiziten spürbar zurück.

Wenn man die Leistungsbilanzungleichgewichte nicht auf die weltweite Wirtschaftsleistung bezieht, sondern auf die des jeweiligen Landes, liegt Deutschland mit einem Überschuss von knapp acht Prozent des BIP weit vorne. Auf der anderen Seite des Spektrums liegt die Türkei mit einem Defizit von 4,3 Prozent des BIP. Durch ihren riesigen Binnenmarkt fallen die Überschüsse bzw. Defizite bei China (1,8 Prozent) und den USA (-2,7 Prozent) bezogen auf ihr jeweiliges BIP gar nicht so groß aus.

Leistungsbilanzungleichgewichte in der Welt 2017
in Prozent des jeweiligen BIP



Quelle: BIZ Jahresbericht 2017

Grafik: IG Metall, Koordination Branchenpolitik

Große Leistungsbilanzungleichgewichte sind tickende Zeitbomben. Sie können über viele Jahre bestehen, ohne dass es irgendwelche Probleme damit gibt. Kommt es dann zu einem Vertrauensverlust gegenüber dem Schuldner, können sie Auslöser oder Brandbeschleuniger einer Krise werden. Das beste Beispiel dafür ist die Eurokrise, die maßgeblich durch Leistungsbilanzungleichgewichten verursacht und verstärkt wurde.

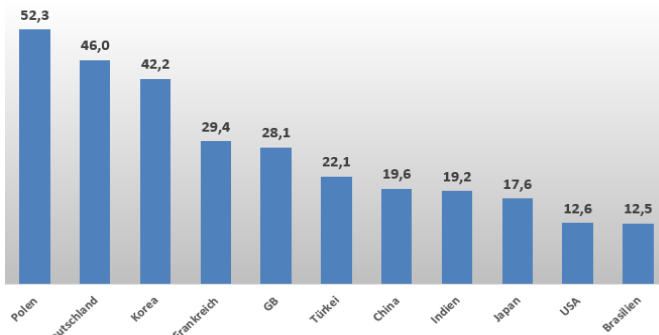
1.4 Deutsche Industrie mit starken internationalen Verflechtungen

Deutschland profitiert sehr stark von dieser Entwicklung. Die deutsche Industrie nimmt in der globalen Arbeitsteilung eine starke Position ein. Ein erheblicher Teil der hier produzierten Güter findet seinen Absatz auf den Weltmärkten. Die von Deutschland exportierten Waren und Dienstleistungen nahmen 2016 ein Volumen von 46 Prozent der gesamten Wirtschaftsleistung ein. Das ist mehr (Korea) oder erheblich mehr (China, Japan) als bei anderen klassischen Exportnationen. Viele Arbeitsplätze in Deutschland hängen von den Ausfuhren ab.

Über lange Jahre waren die Exporte der Wachstumsmotor der deutschen Volkswirtschaft. Erst in den letzten Jahren übernahm mehr und mehr der private Konsum diese Funktion. Auf der anderen Seite ist die deutsche Volkswirtschaft in

hohem Maße von einem funktionierenden Weltmarkt abhängig. Störungen des internationalen Handelssystems können hier zu starken ökonomischen Verwerfungen führen.

Exportquoten wichtiger Länder 2016
Export von Waren und Dienstleistungen in Prozent vom BIP

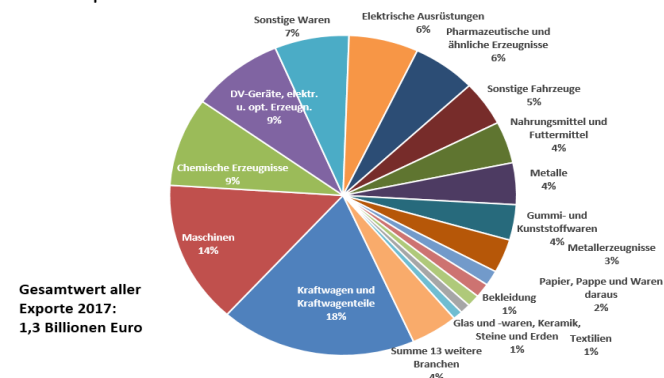


Quelle: Statistisches Bundesamt/Weltbank

Grafik: IG Metall, Koordination Branchenpolitik

Die deutschen Ausfuhren verteilen sich auf ein breites Spektrum an Branchen. Trotzdem sind die Branchen der Metall- und Elektroindustrie absolut dominierend. Allen voran die Autoindustrie und der Maschinenbau. Zusammen umfassen sie etwa ein Drittel der gesamten deutschen Warenausfuhren (ohne Dienstleistungen). Beide Branchen profitieren in besonderem Maße von einer weltweit steigenden Nachfrage. Immer mehr Menschen können und wollen sich ein eigenes Auto leisten. Zudem wächst der Anteil der Premiumprodukte, ein Marktsegment, auf das deutsche Hersteller besonders spezialisiert sind. Die fortschreitende Industrialisierung vieler Schwellenländer bedeutet einen wachsenden Markt für Maschinen und Anlagen. Eben diesen bedient der deutsche Maschinenbau mit qualitativ hochwertigen Produkten.

Deutsche Exporte 2017 nach Branchen



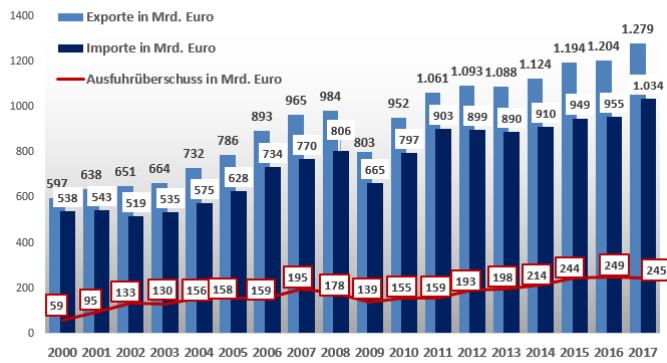
Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 7 Reihe 1

Deutschland exportiert nicht nur viele Güter, es importiert sie auch in erheblichem Umfang. Traditionell natürlich Rohstoffe, auch aber in großer Menge Konsumgüter. In den letzten Jahren haben die Einfuhren industrieller Vorleistungen stark zugenommen. Vor allem aus Osteuropa werden Vorprodukte für die eigene Fertigung und auch für Exportprodukte bezogen. Trotzdem erreichen die Importe nicht das Volumen der Exporte. Es bleibt ein erheblicher Außenhandelsüberschuss. In der Zeit von



2000 bis 2015 hat sich dieser Überschuss mehr als vervierfacht. Seitdem stagniert er auf extrem hohen Niveau. 2017 betrug er knapp 245 Mrd. Euro. Für diesen Überschuss steht Deutschland international immer wieder in der Kritik, auch wenn in den deutschen Exporten ein erheblicher Anteil ausländischer Wertschöpfung steckt.

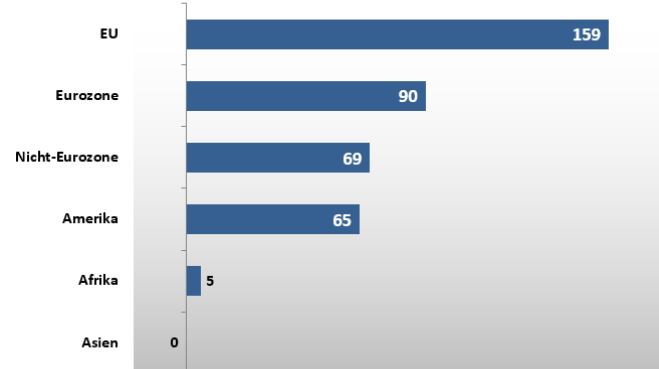
Außenhandelsüberschuss der deutschen Gesamtwirtschaft in Mrd. Euro



Quelle: Statistisches Bundesamt, Außenhandelsstatistik Grafik: IG Metall, Koordination Branchenpolitik

Der mit Abstand größte Teil des Überschusses wird im Handel mit den europäischen Ländern erzielt. Vor allem in die Eurozone werden mehr Güter geliefert als von dort bezogen werden. Weltweit gibt es auch gegenüber Amerika noch einen deutlichen Außenhandelsüberschuss. Gegenüber Afrika fällt er minimal aus, mit Asien weist Deutschland eine ausgeglichene Handelsbilanz aus.

Deutsche Außenhandelsüberschüsse 2017 in Milliarden Euro



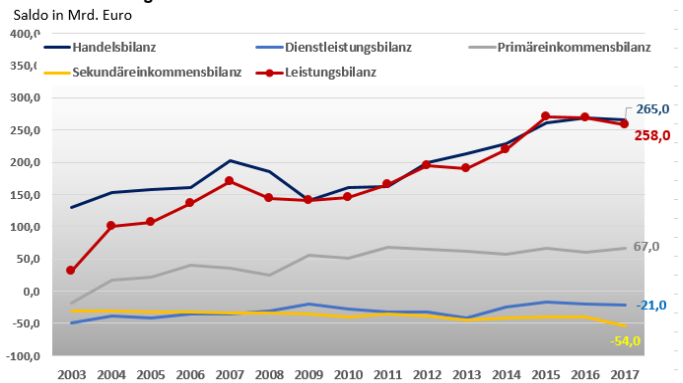
Quelle: Statistisches Bundesamt, Außenhandelsstatistik Spezialhandel Grafik: IG Metall, Koordination Branchenpolitik

Seit 2002 erwirtschaftet Deutschland auch in der Leistungsbilanz einen stark steigenden Überschuss. Dieser ist seit der Weltwirtschaftskrise 2008/09 etwa so groß wie der Überschuss in der Handelsbilanz, weil die Einkommen aus ausländischem Vermögen die Defizite aus der Dienstleistungsbilanz und den Sekundärübertragungen (private und öffentliche Zahlungen ans Ausland) in etwa ausgleichen.

Die Ursachen für den Leistungsbilanzüberschuss sind vielfältig. Oft stehen nur die Lohnkosten im Fokus der Debatte. Tatsächlich

sind die Lohnstückkosten ein wichtiger Faktor, aber längst nicht der einzige. In der ersten Dekade der 2000er Jahre sanken

Deutsche Leistungsbilanz und ihre Elemente



Quelle: Deutsche Bundesbank Zahlungsbilanzstatistik, September 2018 Grafik: IG Metall, Koordination Branchenpolitik

in der deutschen Industrie die Lohnstückkosten, was ihre internationale preisliche Wettbewerbsfähigkeit verbessert hat. Beim Handel mit Ländern außerhalb der Eurozone beeinflussen die Wechselkurse sehr stark die preisliche Wettbewerbsfähigkeit.

Daneben ist die Produktqualität von entscheidender Bedeutung. Die weltweite Nachfrage nach Autos und Maschinen, beides Produkte, auf die die Industrie in Deutschland spezialisiert ist, haben ebenfalls ihren Beitrag dazu geleistet. Nicht zuletzt hat auch der Ersparnisüberschuss zu den Überschüssen in der Leistungsbilanz geführt. In Deutschland sind die Ersparnisse

„Selbst deutlich höhere Lohnzuwächse als die, die man tatsächlich beobachtet hat, hätten den Aufbau der enormen Leistungsbilanzüberschüsse Deutschlands nicht nennenswert bremsen können.“

IMK Report 125, April 2017

größer als die Investitionen. Die Ersparnisse müssen dann im Ausland angelegt werden. In den letzten Jahren haben die Gewinne aus deutschen Investitionen im Ausland einen wachsenden Anteil an den Überschüssen gehabt. 2017 stiegen diese Übertragungen auf über 67 Mrd. Euro an.

1.5 Zunehmende Ungleichheit

Zeitgleich mit der zunehmenden Globalisierung ab etwa 1975 und den damit verbundenen Leistungsbilanzungleichgewichten wuchs in einzelnen Ländern die Ungleichheit bei der Verteilung der Einkommen und des Vermögens. Offen bleibt dabei die Frage, in wie weit die Globalisierung ursächlich für diese

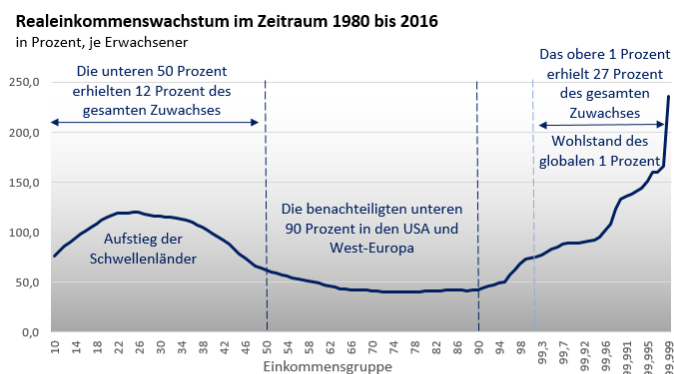


Entwicklung ist. Sicherlich spielt auch die mit der Globalisierung einsetzende neoliberale Politik eine große Rolle bei der Verteilung der Wohlstandsgewinne. Unabhängig von den Ursachen führt die wachsende Ungleichheit zu einer abnehmenden Akzeptanz der Globalisierung in der Bevölkerung.

Das Versprechen der Globalisierung ist der wachsende Wohlstand. Tatsächlich war die derzeitige Weltwirtschaftsordnung sehr erfolgreich dabei, weltweites Wachstum zu generieren. Das betrifft vor allem einige Schwellenländer, aber auch die Industrieländer wachsen trotz eines erreichten hohen Niveaus weiter. **Doch dieser wachsende Wohlstand ist, sowohl was die Einkommen als auch die Vermögen betrifft, immer ungleicher verteilt. Die Reichen werden immer reicher, die Ärmsten werden immer ärmer. Das Wohlstandsversprechen der Globalisierung kommt bei vielen nicht an.**

„Seit 1980 hat die Einkommensungleichheit in Nordamerika und in Asien stark zugenommen, in Europa nur moderat, und im Nahen Osten, in Subsahara-Afrika und in Brasilien hat sie sich auf extrem hohen Niveau stabilisiert. ... Die Dynamiken des weltweiten Einkommenswachstums werden durch starke Kräfte der Konvergenz zwischen den Ländern und der Divergenz innerhalb der Länder bestimmt.“

World Inequality Report 2018



Quelle: WID.world (2017), wir 2018.wid.world Grafik: IG Metall, Koordination Branchenpolitik

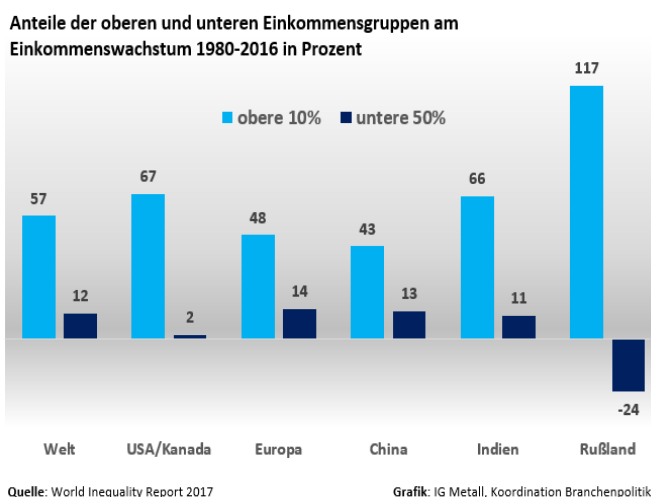
Horizontal: Einkommensgruppen von links nach rechts, in aufsteigender Folge; die Gruppe des oberen einen Prozents ist in weitere 10 Gruppen eingeteilt und die reichste dieser Gruppe wiederum in zehn weitere.

Vertikal: Gesamtrealinkommenszuwachs eines durchschnittlichen Individuums in jeder Gruppe zwischen 1980 und 2016. Das ärmste 10 Prozent des reichsten 1 Prozent hatte einen Realinkommenszuwachs von 74 Prozent. Das Top-1-Prozent bekam 27 Prozent des gesamten Zuwachses.

Wie das konkret mit der weltweiten Einkommensentwicklung aussieht, zeigt das Schaubild zum Realeinkommenswachstum zwischen 1980 und 2016. Die linke Seite zeigt die Hälfte der Weltbevölkerung mit den geringeren Einkommen. Das sind Bewohner von Entwicklungs- und -Schwellenländern. Sie haben individuell in diesem Zeitraum im Durchschnitt erhebliche Einkommenssteigerungen erzielt. Das spiegelt vor allem den

wachsenden Wohlstand in wichtigen Schwellenländern wie China wieder. In der Mitte der Skala befinden sich die 51 bis 99 Prozent der Bevölkerung mit den nächsthöheren Einkommen. Hier findet sich auch die Arbeiterschaft aus den Industrieländern wieder. Ihr persönlicher durchschnittlicher Einkommensanstieg ist am geringsten. Sie haben ihr Einkommen in den mehr als 30 Jahren um etwa 50 Prozent steigern können. Auf der rechten Seite findet sich das reichste eine Prozent der Weltbevölkerung. Sie haben am stärksten vom gestiegenen Wohlstand profitiert, ihr durchschnittliches Einkommen hat sich mehr als verdoppelt.

Der Einkommenszuwachs in der gesamten Periode der dynamisch zunehmenden Globalisierung zwischen 1980 und 2016 landete weltweit nur zu 12 Prozent bei der ärmeren Hälfte der Bevölkerung. Die reichsten zehn Prozent dagegen bekamen 57 Prozent des Kuchens. Von der Tendenz her betraf das alle Weltregionen. Die Schere zwischen den hohen und den niedrigen Einkommen geht immer weiter auseinander. Seit Mitte der neunziger Jahre haben die 40 Prozent ärmeren der Beschäftigten in Deutschland sogar reale Einkommensverluste hinnehmen müssen. Ihnen geht es also nicht nur relativ gegenüber Reichen schlechter.



Die zunehmenden Einkommensverluste der unteren Einkommen zeigen sich auch in der funktionalen Einkommensverteilung, der Verteilung zwischen Kapital und Arbeit. **Der Anteil der Arbeitsentgelte am Volkseinkommen, die Lohnquote, geht weltweit zurück.** Zumindest für die Industrieländer sieht der IWF den technologischen Wandel als wichtigste Ursache an (IWF, 2017). Damit ist der Verlust an Arbeitsplätzen mittlerer Qualifikation durch den Einsatz moderner Produktionsmittel gemeint, der mit einer Standardisierung und Automatisierung der Produktionsprozesse einhergeht. Weniger bedeutsam sei dagegen der Arbeitsplatzverlust durch Importkonkurrenz und Verlagerung von Arbeitsplätzen ins Ausland. In den Schwellenländern Sorge der Aufbau relativ moderner Produktionsanlagen bei niedrigen Löhnen für hohe Renditen und damit sinken-



den Lohnquoten. Abgesehen davon, dass diese Einflüsse schwer zu separieren sind, wird in anderen Untersuchungen gezeigt, dass es einen Zusammenhang zwischen der sinkenden Lohnquote einerseits und der Liberalisierung der Kapitalmärkte, der Deregulierung der Arbeitsmärkte sowie der Dezentralisierung der Tarifpolitik andererseits gibt (Lübker/Schulten, 2018).

Wer ein geringes Einkommen hat, braucht dieses, um seinen Lebensunterhalt zu bestreiten. Wer ein hohes Einkommen bekommt, kann einen Teil davon für die Ansammlung von Vermögen verwenden. Aus diesem Vermögen erwächst ihm wiederum ein zusätzliches Einkommen. **So ist es kein Wunder, dass nicht nur die Verteilung der Einkommen immer ungleicher wird, sondern auch die Verteilung der Vermögen.** Die Datenlage über das globale Vermögen ist allerdings noch viel schlechter als über das weltweite Einkommen. So sind alle Angaben zur Vermögensverteilung nur vorsichtige Schätzungen. Nach diesen Schätzungen sind die Vermögen erheblich stärker konzentriert als die Einkommen. „Die reichsten 10% der Bevölkerung besitzen in China, Europa und den Vereinigten Staaten mehr als 70% des Gesamtvermögens, während die unteren 50% weniger als 2% und die mittleren 40% („die globale Vermögensmittelschicht“) weniger als 30% besitzen (World Inequality Report 2018).

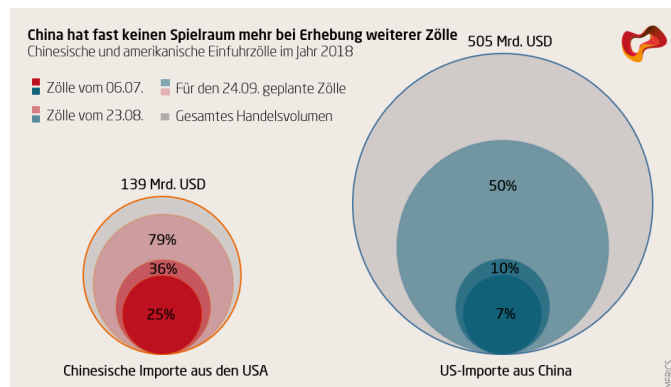
Gleichzeitig wurde die Politik den Anforderungen der Globalisierung nicht gerecht. Der steigende Wettbewerbsdruck und die zunehmende Deregulierung der Arbeitsmärkte sorgten dafür, dass die Sozialsysteme immer weniger die wachsende Ungleichverteilung der Märkte ausgleichen können. Die Strukturpolitik kann wirtschaftliche Umbrüche immer weniger abfedern und die Bindungskräfte von Gewerkschaften und Tarifverträgen haben abgenommen.

„82 Prozent des globalen Vermögenswachstums gingen im letzten Jahr an das reichste Prozent der Weltbevölkerung, während das Vermögen der ärmeren Hälfte der Weltbevölkerung stagnierte.“
Oxfam

2. Vom Liberalismus zum Protektionismus: Ursachen und Folgen der nationalistischen US-amerikanischen Wirtschaftspolitik

Mit Beginn der Amtszeit Donald Trumps hat eine Politik der Abschottung und Abkehr vom ‚Laissez-Faire-Paradigma‘ der letzten Jahrzehnte ins Weiße Haus Einzug gehalten. Inzwischen ist aus anfänglichen Drohungen Ernst geworden. Schwerpunkt des eskalierenden Handelskonflikts ist der Schlagabtausch der US-Regierung mit China. Ein Ende der Eskalation ist nicht in Sicht. Aktuell sind 50 Prozent des Importvolumens der USA aus China von Strafzöllen betroffen. China hat kaum noch

Handlungsspielraum, denn schon auf 79 Prozent der Einfuhren aus den USA werden Strafzölle fällig. Die Schutzzölle der USA gegenüber China betreffen auch die Europäische Union, weil aufgrund der Abschottung des US-amerikanischen Marktes nun vermehrt chinesische Produkte in die EU gelangen und dort zu einem Preisverfall führen könnten.



Quelle: Merics, China Update 14/2018

Begründet wird diese Politik mit den enormen Handelsbilanzdefiziten der USA. Doch woher rührt das enorme Handels- und Leistungsbilanzdefizit der USA? Sind die von Donald Trump eingeleiteten Maßnahmen geeignet, um die Defizite zu beseitigen und die Auslandsverschuldung abzubauen? Was folgt aus dem US-amerikanischen Strategiewechsel für die globale Ökonomie und für die Weltwirtschaftsordnung?

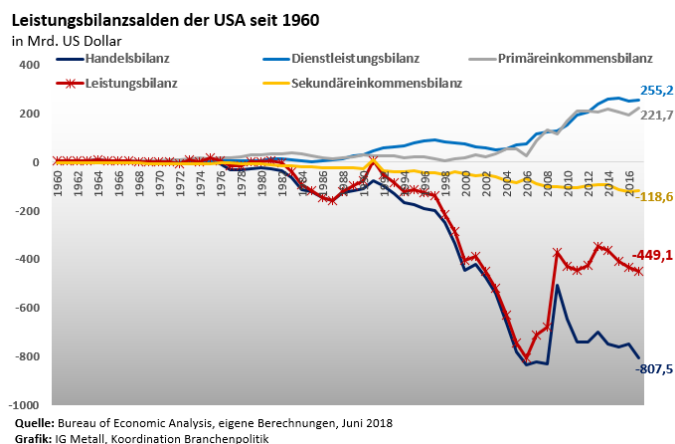
2.1 Struktur und Entwicklung der US-amerikanischen Leistungsbilanzsalden

Die Vereinigten Staaten verbuchen — gemessen am globalen BIP — den größten Anteil des weltweiten Leistungsbilanzdefizits auf sich. Bezogen auf das US-amerikanische BIP erreichte das Defizit im Jahr 2006 kurz vor Ausbruch der Finanzkrise mit sechs Prozent den historisch höchsten Wert. Die Leistungsbilanz der USA geriet erstmals im Jahr 1971 ins Defizit. Zwischen 1973 und 1976 stellten sich wieder Überschüsse ein, die sich anschließend in dauerhafte Defizite verwandelten. Bis zum Jahr 1975 erzielten die USA Jahr für Jahr Handelsbilanzüberschüsse. Im Jahr 1976 wurde zum ersten Mal ein Defizit verwirklicht, das anschließend immer weiter anwuchs. Aufgrund von Phasen geringeren Wachstums bzw. Krisen und dem damit verbundenen Einbruch des internationalen Warenhandels kam es zwischen 1989 und 1991 (Krise in Europa und Asien), zu Beginn der 2000er Jahre („Dotcom-Krise“) und in Folge der Finanzkrise im Jahr 2008/2009 zu (vorübergehenden) kleineren und größeren Korrekturen. Aber bereits im Jahr 2017 näherte sich das Defizit im Umfang von 807,5 Mrd. US Dollar dem Rekorddefizit des Jahres 2006 wieder an.

Das Leistungsbilanzdefizit im Umfang von 449,1 Mrd. US Dollar im Jahr 2017 wäre allerdings noch gravierender ausgefallen, wenn nicht bereits seit etwa 2005 die Dienstleistungs- und Primäreinkommensbilanz das Defizit in der Han-



delsbilanz korrigiert hätten. Seit 1999 hat sich der Saldo der Dienstleistungsbilanz der USA beinahe verdreifacht. Das Anwachsen des Finanzsektors spielte hierbei eine entscheidende Rolle, denn besonders stark sind in diesem Zeitraum die Nettoerlöse aus den Finanzdienstleistungen angewachsen. Bei den Primäreinkommen zogen seit 2006 vor allem die lukrativen Kapitalerträge aus ausländischen Investments an und korrigierten das Handelsbilanzdefizit im Jahr 2017 um 221,7 Mrd. US Dollar. Der negative Saldo der Sekundäreinkommensbilanz, in dem Zahlungen an internationale Organisationen und Überweisungen von ausländischen Arbeitnehmern an ihre Heimatländer zu Buche schlagen, stieg kontinuierlich an und trug mit 118,6 Mrd. US Dollar zum Leistungsbilanzdefizit des Jahres 2017 bei.

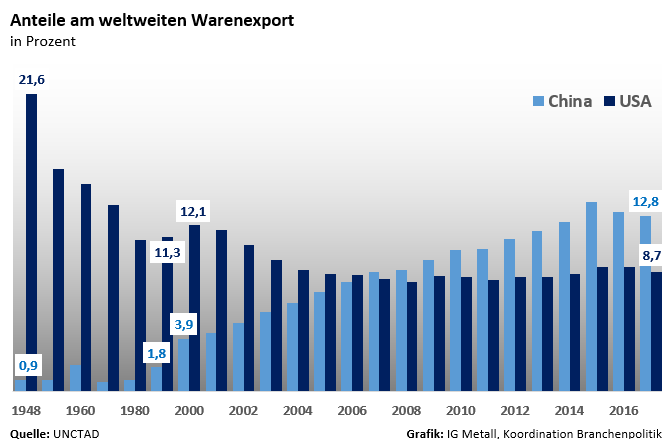


Die USA können gegenüber der Europäischen Union (EU) seit 2009 einen Leistungsbilanzüberschuss vorweisen, der in den Jahren 2011 bis 2013 durch die Eurokrise und der deswegen sehr schwachen Ausfuhrentwicklung in die EU abschmolz und ab 2014 mit der konjunkturellen Erholung auf etwas mehr als 10 Mrd. US Dollar anwuchs. Während die Handelsbilanz ein Defizit vorwies, führten die Bilanzen der Primäreinkommen in der Dienstleistungsbilanz und in der Bilanz der Sekundäreinkommen zu Überschüssen.

Das Handelsbilanzdefizit der USA gegenüber der EU des Jahres 2017 lässt sich zu 58 Prozent auf das Defizit gegenüber Deutschland zurückführen (64,1 Mrd. US Dollar). Aufgrund der negativen Dienstleistungs- und Primäreinkommensbilanz ist das gesamte Leistungsbilanzdefizit der USA gegenüber Deutschland im Jahr 2017 mit 66,4 Mrd. US Dollar sogar noch etwas größer.

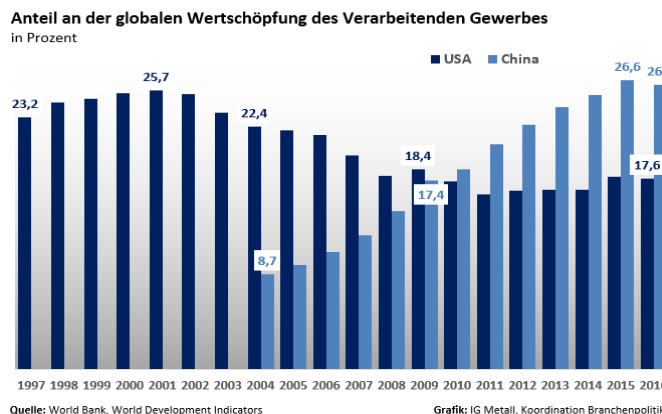
Mit dem ansteigenden Handelsbilanzdefizit fiel der Anteil der USA an den globalen Warenexporten. Während die USA im Jahr 1948 noch einen Anteil von etwas mehr als einem Fünftel (21,6 Prozent) der globalen Exporte auf sich verbuchen konnte, sank der Anteil auf 8,6 Prozent im Jahr 2005 und stabilisierte sich seitdem bei einem Wert knapp über acht Prozent. Im gleichen Zeitraum eroberten sich andere Industrieländer zunehmend Anteile am Welthandel. Seit Anfang der 2000er Jahre ge-

wannen die Schwellenländer, allen voran China, an Markmacht. Während Chinas Anteil noch im Jahr 1948 zu vernachlässigen war, übertraf er erstmals im Jahr 2007 den US-amerikanischen Wert und erreichte seinen größten Anteil im Jahr 2015 mit 13,8 Prozent. Empirische Studien erklären diese Entwicklung mit erfolgreichen Reformen Chinas, die verbunden sind mit steigender Produktivität, höheren Investitionen in den arbeitsintensiven Exportsektor und mit dem Abbau von Handelsbarrieren (Autor et. al. 2013, S. 2159).



Die wachsenden Defizite in der Handelsbilanz gingen einher mit einer zunehmenden De-Industrialisierung. Von 2000 bis 2015 sank der Anteil des Verarbeitenden Gewerbes am BIP von fünfzehn Prozent auf knapp zwölf Prozent, während dieser Anteil in Deutschland mit knapp 21 Prozent stabil blieb.

Auch der Anteil des Verarbeitenden Gewerbes der USA an der globalen Wertschöpfung des Verarbeitenden Gewerbes sinkt. Während China zum Zeitpunkt seines Eintritts in die Welthandelsorganisation im Jahr 2004 noch einen geringen Anteil von 8,7 Prozent verbuchte, lag dieser im Jahr 2016 schon bei 26,2 Prozent und hat sich damit innerhalb von nur zwölf Jahren verdreifacht. Der Anteil der USA sank im selben Zeitraum von 22,4 Prozent auf 17,6. Bereits im Jahr 2009 hatte China dasselbe Gewicht in der internationalen Wertschöpfung des Verarbeitenden Gewerbes wie die USA.

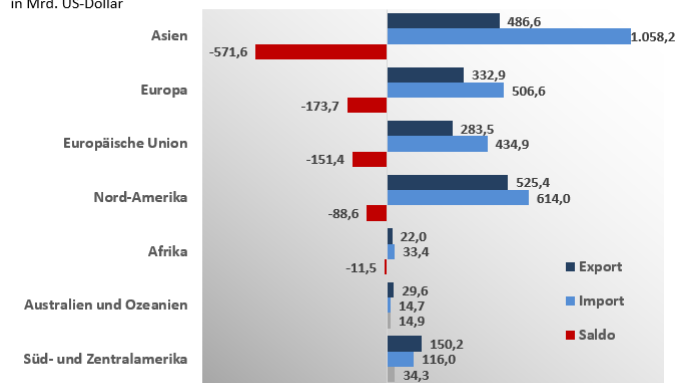




Der US-amerikanische Verlust an industrieller Wertschöpfung bedeutet auch eine geringere Bedeutung industrieller Arbeitsplätze. Während des US-Präsidentschaftswahlkampfes machten viele Wählerinnen und Wähler den zunehmend liberalisierten und unfairen Welthandel verantwortlich für den Verlust industrieller Arbeitsplätze. Ängste vor weiteren Arbeitsplatzverlusten waren der Nährboden nicht nur für den Widerstand gegen eine weitere Handelsliberalisierung, sondern bereiteten den Weg für eine weit umfassendere nationalistische Wirtschaftspolitik.

Warum gerade NAFTA (Nordamerikanisches Freihandelsabkommen zwischen den USA, Kanada und Mexiko) und TPP (Transpazifisches Abkommen mit Anrainerstaaten des Pazifiks ohne China) auf Widerstand trafen, lässt sich sehr leicht anhand der regionalen Handelsbilanzen ablesen. Das größte Handelsbilanzdefizit mussten die USA im Jahr 2017 gegenüber Asien verzeichnen (minus 571,6 Mrd. US Dollar). Mehr als die Hälfte davon (375,2 Mrd. US Dollar) entfiel auf den Austausch mit China. So richtete sich die US-amerikanische Kritik an Währungsmanipulationen und subventionierten Waren in den vergangenen Jahren vornehmlich gegen China. Doch selbst das sehr viel kleinere Japan hatte mit 68,8 Mrd. US Dollar noch einen beachtlichen Anteil am Handelsdefizit der USA gegenüber Asien. Europa (173,7 Mrd. US Dollar) und darunter insbesondere die Europäische Union (151,4 Mrd. US Dollar) folgen noch vor den Handelspartnern der Nordamerikanischen Freihandelszone NAFTA, Kanada und Mexiko, die gegenüber den USA im Jahr 2017 einen Überschuss im Umfang von 88,6 Mrd. US Dollar verbuchten.

Exporte, Importe und Handelssalden der USA im Jahr 2017 in Mrd. US-Dollar



Quelle: US Census Bureau, eigene Berechnungen

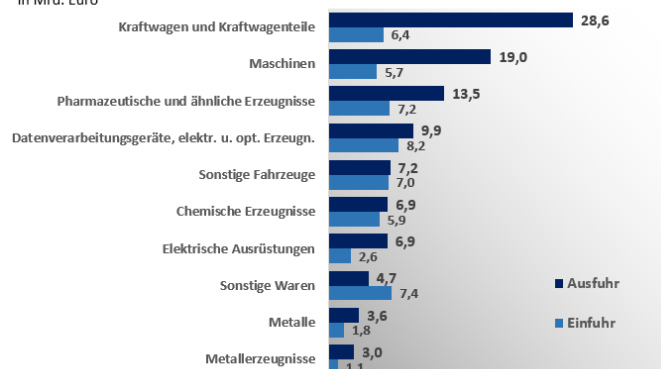
Grafik: IG Metall, Koordination Branchenpolitik

Die fünf wichtigsten Exportgüter der USA sind Maschinen und mechanische Erzeugnisse (Anteil: 13,7 Prozent), Elektronische Erzeugnisse (11,3 Prozent), Luft- und Raumfahrzeuge (8,7 Prozent), Kraftwagen und -teile (8,5 Prozent) und Mineralische Brennstoffe, Mineralöle und Erzeugnisse (7,1 Prozent). Zu beachten ist, dass in die meisten dieser Ausfuhrwerte über die Jahre hinweg immer mehr ausländische Wertschöpfungsanteile eingegangen sind. So stieg dieser Anteil sehr

stark bei den Produkten des Fahrzeugbaus, und zwar von 24,2 Prozent im Jahr 2000 auf 35,4 Prozent im Jahr 2011. Bei den Elektronischen Erzeugnissen sank dagegen der ausländische Wertschöpfungsanteil von knapp 22 Prozent im Jahr 2000 auf 14,8 Prozent in 2011. Hier konnten die USA die inländische Produktion ausbauen und damit auch Wertschöpfung hinzugewinnen.

Der Warenaustausch zwischen Deutschland und den USA wird — wenig überraschend — dominiert vom Handel mit Kraftwagen und Kraftwagenteilen. Erzeugnisse der Autoindustrie im Wert von 28,6 Mrd. Euro wurden im Jahr 2017 von Deutschland in die USA exportiert und im Wert von 6,4 Mrd. Euro importiert. Auf den nachfolgenden Rängen findet sich der Maschinenbau (Exportwert: 19 Mrd. Euro), die Pharmazeutische Industrie (13,5 Mrd. Euro) sowie die Herstellung von Datenverarbeitungsgeräten, elektronischen und optischen Erzeugnissen (9,9 Mrd. Euro). In allen diese Branchen fuhr Deutschland einen Handelsüberschuss gegenüber den USA ein. Die Ausfuhr von Metallen und Metallerzeugnissen in die USA hat in dieser Rangordnung nur eine untergeordnete Bedeutung (Gesamtausfuhr Metalle: 3,6 Mrd. Euro). Somit treffen die Einfuhrzölle der Amerikaner auf Stahl- und Aluminiumprodukte aus der EU in Höhe von 25 bzw. 10 Prozent nur auf einen vergleichsweise geringen Ausfuhrwert.

Warenaus- und einfuhrwerte Deutschlands mit den USA im Jahr 2017 in Mrd. Euro



Quelle: Statistisches Bundesamt

Grafik: IG Metall, Koordination Branchenpolitik

2.2 Ursachen und Erklärungsansätze für das Leistungsbilanzdefizit der USA

Auch wenn die defizitäre Leistungsbilanz im Wesentlichen mit einem massiven Handelsbilanzdefizit einhergeht, genügt der Blick auf den Gütermarkt allein nicht, um die Ursachen für das zunehmende Leistungsbilanzdefizit zu erklären. So spielen das Währungssystem, die Bedingungen auf den Kapitalmärkten sowie das globale Kräften messen in der Wirtschafts- und Handelspolitik und (daraus resultierende) Veränderungen in den technologischen und preislichen Wettbewerbspositionen eine ganz entscheidende Rolle. Die Fiskal- bzw. Steuerpolitik und regulatorische Veränderungen auf den Arbeitsmärkten, der sinkende gewerkschaftliche Organisationsgrad sowie die Ein-



kommensentwicklung und -verteilung wirken auf internationale Transaktionen und schlagen sich letztlich in den Salden der Handels- und Leistungsbilanz nieder. Für die USA lassen sich drei sehr prägende Erklärungszusammenhänge erkennen:

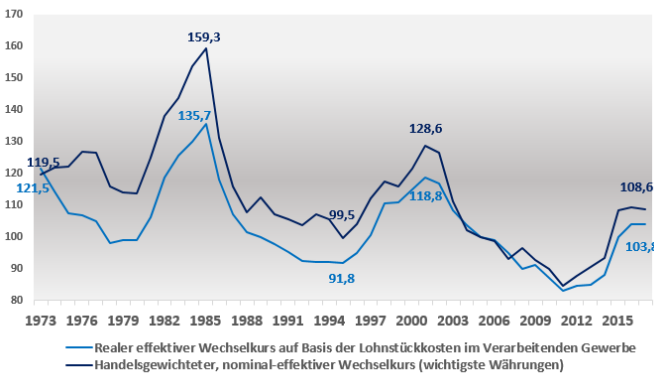
- US-Dollar als Leitwährung verhindert stärkere Abwertung vor und nach 1973.
- Staatsdefizite und hohe Zinssätze sowie die Aufwertung des US-Dollars treiben die Leistungsbilanz ins Defizit — die USA verschulden sich gegenüber dem Ausland 1981 bis 1999.
- Krisenbekämpfung durch expansive Geldpolitik und massive Zinssenkung sowie Rückgang der inländischen Sparneigung auf Kosten des Anstiegs der Auslandsverschuldung.

US-Dollar als Leitwährung verhindert starke Abwertung vor und nach 1973

Große Übereinstimmung herrscht unter den Experten bezüglich der historischen Bedeutung des Weltwährungssystems (Bretton-Woods-System, siehe Kapitel 1.1), das die ökonomischen Rahmenbedingungen in der Zeit 1944 bis 1973 prägte (Krugman, et. al., 2015). Der US Dollar hat seit dieser Zeit eine besondere Rolle, er ist keine ‚normale‘ Währung. Der US-Dollar hatte sich als international anerkanntes Wertaufbewahrungs- und Zahlungsmittel etabliert und diese Rolle bis heute gehalten. Er wurde zu der international anerkannten Reservewährung, was es den USA erlaubt, uneingeschränkt Defizite in der Leistungsbilanz einzufahren, ohne dadurch Gefahr zu laufen zahlungsunfähig zu werden, jedenfalls solange das Vertrauen in die Stabilität des US-Dollars besteht.

Außenwert des US Dollars

Index 2005 = 100



Quelle: Federal Reserve

Grafik: IG Metall, Koordination Branchenpolitik

Der Übergang zu flexiblen Wechselkursen nach 1973 löste das grundsätzliche Problem, dass die USA ab Mitte der 60er Jahre deutliche Leistungsbilanzüberschüsse ab- und seit Anfang der 70er Jahre Leistungsbilanzdefizite aufbaute, nicht. Zwar wertete der US-Dollar gegenüber den Währungen der wichtigsten Handelspartner — von Schwankungen abgesehen — seit seiner Freigabe ab, aber die Defizite blieben und nahmen sogar noch zu. Begleitet wurde dieser Wechselkurseffekt durch die im Vergleich zu den wichtigsten Handelspartnern sinken-

den Lohnstückkosten (reale Abwertung). Damit stieg die preisliche Wettbewerbsfähigkeit. Der reale Außenwert sank von 1985 bis 2017 um ca. 32 Prozentpunkte. Diese ‚reale‘ Entwertung des US-Dollars war etwas geringer als die nominale Abwertung, die in diesem Zeitraum etwa 50 Prozentpunkte ausmachte. **Obwohl sich durch die gesunkenen Lohnstückkosten und die Abwertung der Währung die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der USA drastisch verbessert hat, nahmen die Defizite in der Leistungsbilanz zu: Ein Indiz dafür, dass andere Einflüsse wirksam waren.**

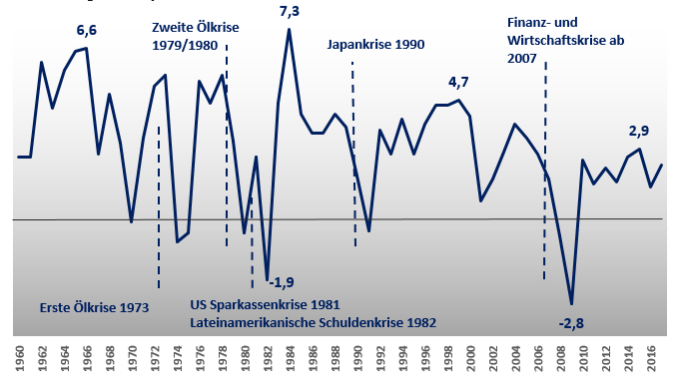
„Der Dollar ist unsere Währung und euer Problem.“

John Conally, Finanzminister unter Präsident Reagan

Das anwachsende Leistungsbilanzdefizit in den 70er Jahren hatte seine Ursache in der **Ölpreiskrise (1973)**. Mit der durch deutliche Lohnerhöhungen noch beschleunigten Inflation gingen Konsum und Investitionen zurück, die Wirtschaft geriet in die Rezession, die Arbeitslosigkeit stieg (stagnierende Produktion plus Inflation = Stagflation). Der Versuch, die (teilweise durch Abwertung und höhere Ölpreise importierte) Inflation durch höhere Zinssätze zu bekämpfen, war ein krasser Politikfehler, wodurch die Wirtschaft insbesondere nach dem **zweiten Ölpreisschock in eine tiefe Rezession schlitterte**. Somit war es die **Neuausrichtung der Geldpolitik im Jahr 1979, die die gesamte Weltökonomie in die Krise trieb**. Der Inflationbekämpfung wurde ab diesem Zeitpunkt gegenüber einer nachfrage- und beschäftigungsorientierten Stabilisierungspolitik ein höherer Stellenwert eingeräumt. Das Ergebnis waren lang anhaltende hohe Arbeitslosenzahlen.

Bruttoinlandsprodukt der USA

Veränderung zum Vorjahr, in Prozent



Quelle: Bureau of Economic Analysis

Grafik: IG Metall, Koordination Branchenpolitik

Staatsdefizite und hohe Zinssätze sowie die Aufwertung des US-Dollars treiben die Leistungsbilanz ins Defizit — die USA verschulden sich gegenüber dem Ausland 1981 bis 1999



Mit der Wahl Ronald Reagans im Jahr 1980 zum Präsidenten der USA bekam neben der Geldpolitik die gesamte Wirtschafts-

“Der Staat ist nicht die Lösung für unser Problem, der Staat ist das Problem.”

Ronald Reagan

Antrittsrede als 40. Präsident der Vereinigten Staaten
20. Januar 1981

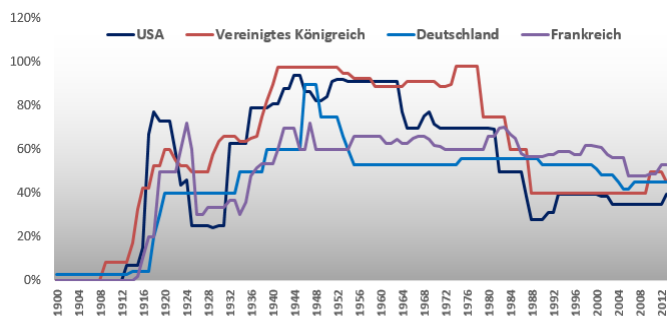
politik eine andere Agenda, die prägend wurde für viele andere westliche Marktwirtschaften. Die Wirtschaftspolitik Ronald Reagans verband vieles mit dem ‚Thatcherismus‘, der von Margaret Thatcher, die bereits 1979 zur Premierministerin ernannt wurde, im Vereinigten Königreich vertreten wurde.

Seine **angebotsorientierte, neoliberale Politik** („Reaganomics“) präferierte eine Zurückdrängung des Staates und eine Erweiterung der unternehmerischen Handlungsmöglichkeiten. Dies sollte über eine Reduktion der Steuerbelastung, aber auch durch eine Flexibilisierung des Arbeitsmarktes und eine Beschneidung gewerkschaftlichen Einflusses erreicht werden. 1981 markierte Ronald Reagan mit der Entlassung von 12.000 streikenden Fluglotsen einen Höhepunkt im Kampf gegen den gewerkschaftlichen Einfluss. Waren in den USA in den 40er und 50er Jahren noch 40 Prozent aller Beschäftigten Mitglieder einer Gewerkschaft, sind es heute im öffentlichen Dienst 34,4 und im Privatsektor noch 6,5 Prozent (Kuttner 2018, S. 22, Bureau of Labor Statistics, 2018).

Bereits im Jahr 1981 senkte die Reagan Administration den Spitzensteuersatz der Einkommensteuer von 70 auf 33 Prozent. Seine Hoffnung: die Steuerentlastung stimuliert die Bereitschaft der Menschen, zu ehrlichen Steuerzahlern zu werden und mehr Leistung zu bringen so sehr, dass mit dem Wachstum auch die Steuereinnahmen kräftig wachsen (Hypothese des US-Ökonomen Arthur B. Laffer). Diese Hoffnung wurde nicht erfüllt.

Spitzensteuersätze von 1900-2013

Grenzsteuersatz* auf die höchsten Einkommen, in Prozent



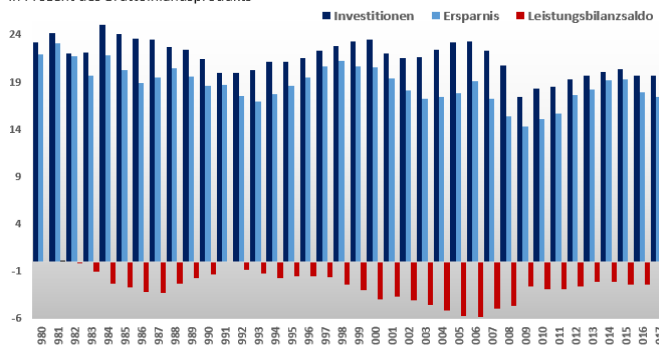
* Der Grenzsteuersatz wird auf jede weitere verdiente Geldeinheit erhoben. Er ist nicht identisch mit dem Durchschnittssteuersatz auf das gesamte Einkommen. Ein Grenzsteuersatz von 100 Prozent bedeutet, dass ab einem bestimmten Einkommensniveau jede zusätzliche Geldeinheit vollständig abgeführt werden muss.

Quelle: Piketty.pse.ens.fr/capital21c

Grafik: IG Metall, Koordination Branchenpolitik

Da gleichzeitig die Staatsausgaben für Verteidigung stiegen, wuchs das Staatsdefizit drastisch an. Der fiskalische Impuls stimulierte allerdings — ganz im Sinne einer nachfrageorientierten Stabilisierungspolitik — die Konjunktur und half schließlich im Jahr 1983 die Rezession zu überwinden. **Weil die staatliche Kreditnachfrage nicht über eine vermehrte inländische private Ersparnis oder Investitionsverzicht der Privatwirtschaft finanziert wurde, erfolgte die Finanzierung über die Ersparnis des Auslands.** Der Zusammenhang zwischen der für die hohen inländischen Investitionen zu geringen inländischen Ersparnis wird seit 1982 im Defizit der Leistungsbilanz, und damit der Finanzierung über Ersparnisse des Auslands, sichtbar. **Die USA lebten somit seit diesem Zeitpunkt, über ihre Verhältnisse. Den ‚überbordenden‘ US-amerikanischen Investitionen standen enorme Ersparnisse bzw. Kapitalexporte und Leistungsbilanzüberschüsse anderer Staaten gegenüber.**

Bruttoersparnis, Investitionen und Leistungsbilanzsaldo der USA
in Prozent des Bruttoinlandsprodukts



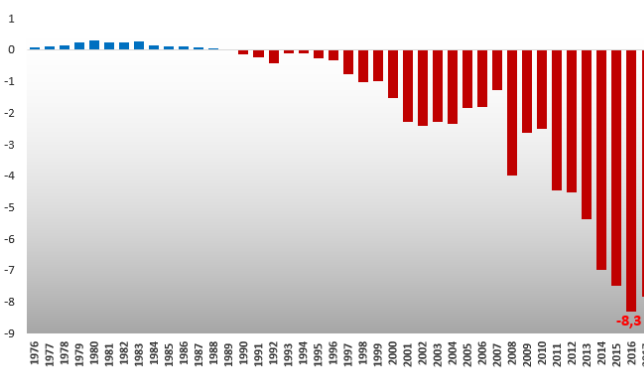
Quelle: IMF, World Economic Outlook Database, April 2018

Grafik: IG Metall, Koordination Branchenpolitik

Im Jahr 1989 überstiegen erstmals die **gesamten** Auslandsschulden der USA **das Volumen** der Auslandsforderungen. Die Vereinigten Staaten wurden folglich zu einem **Nettoschuldner**. Mittlerweile sind die Nettoschulden der USA entlang des jährlich anwachsenden Leistungsbilanzdefizits immer weiter angewachsen. Im Jahr 2016 beliefen sich die Nettoauslandsschulden (Nettovermögensposition) auf ein Rekordvolumen von 8,3 Billionen US Dollar.

Nettovermögensposition der USA

in Bill. US Dollar



Quelle: Bureau of Economic Analysis, März 2018

Grafik: IG Metall, Koordination Branchenpolitik

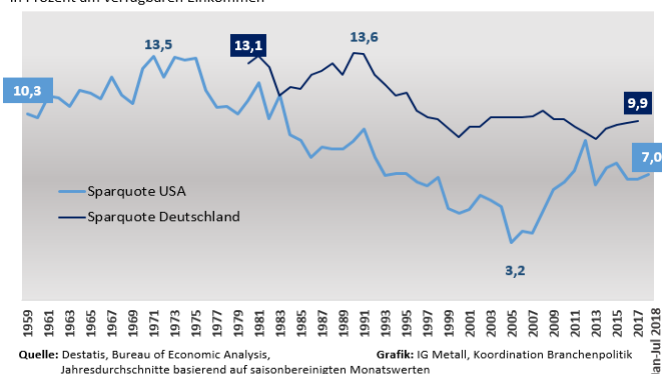


Krisenbekämpfung durch expansive Geldpolitik und massive Zinssenkung sowie Rückgang der inländischen Sparneigung auf Kosten des Anstiegs der Auslandsverschuldung

In den vergangenen Jahrzehnten waren die USA immer wieder gezwungen durch eine expansive Geld- und Fiskalpolitik Krisen zu bekämpfen. **Ende der 90er Jahre kam es beispielsweise zu einem regelrechten Investitionsboom in Anteile an Internetunternehmen („Dotcom“), was die Börsenwerte dieser Unternehmen in die Höhe trieb.** Nach dem Einbruch der Kurse im Jahr 2000 versuchte die US-amerikanische Notenbank durch niedrige Zinssätze die einsetzende Rezession aufzufangen.

Permanent sank parallel dazu die Sparquote der privaten Haushalte seit Mitte der 70er Jahre von etwa 13 Prozent auf 3,2 Prozent im Jahr 2005 als **Ergebnis einer zunehmenden Ungleichverteilung.** So stagnierte das (Vorsteuer-, bzw. Markt-)Einkommen der unteren 50 Prozent im Zeitraum zwischen 1980 und 2014, während das obere eine Prozent in diesem Zeitraum einen Zuwachs um 300 Prozent erzielte, sich also **verdreifachte** (Alvaredo, et. al., World Inequality Report 2018, S. 81 ff). Nach Ausbruch der Finanzkrise trieb die Entschuldung der privaten Haushalte, die Sparquote wieder nach oben.

Sparquote privater Haushalte in den USA und Deutschland
In Prozent am verfügbaren Einkommen



Quelle: Destatis, Bureau of Economic Analysis, Grafik: IG Metall, Koordination Branchenpolitik
Jahresdurchschnitte basierend auf saisonbereinigten Monatswerten

In den 2000er Jahren halfen zudem die Deregulierung der Finanzmärkte und ‚innovative‘ Kreditarrangements bei der Finanzierung von Krediten an Kreditnehmer mit fragwürdiger Bonität („Subprime Markt“). Dies trieb die Verschuldung gegenüber dem Ausland weiter an. Nach Ausbruch der Finanzkrise im Jahr 2007 steuerten US-Regierung und Notenbank erneut entschlossen gegen die Rezession an: mit einem staatlichen Ausgabenprogramm, das die Staatsschuldenquote drastisch erhöhte und einer Geldpolitik der US-Notenbank, die den Zinssatz gegen Null drückte. Die Krisenbekämpfung erhöhte die Auslandsverschuldung der USA. Die Finanzierung der Auslandsverschuldung der USA wurde nur möglich, weil in anderen Ländern mehr gespart als investiert wurde. Dazu trugen die sich sehr dynamisch entwickelnden Schwellenländer bei, die entsprechende Leistungsbilanz- und Ersparnisüberschüsse anhäuferten — allen voran China.

2.3 Politische Polarisierung folgt ökonomischer Spaltung – Hintergründe für die Wiederkehr nationalistischer Wirtschaftspolitik

Im Vorfeld der US-amerikanischen Präsidentschaftswahlen im Jahr 2016 spielte der Widerstand gegen eine weitere Liberalisierung des Welthandels eine zentrale Rolle. Sowohl der demokratische Wahlkämpfer Bernie Sanders und die demokratische Präsidentschaftskandidatin Hilary Clinton als auch die Republikaner, vertreten durch Donald Trump, griffen die zunehmende Kritik an NAFTA und an dem damals verhandelten und kurz vor dem Abschluss stehenden Transpazifischen Partnerschaft (TPP) ernst und reagierten darauf mit Versprechungen, sich Verhandlungsergebnissen zu Lasten der US-amerikanischen Beschäftigten zu widersetzen. Überwiegend setzte sich die Auffassung durch, US-amerikanische Waren würden durch unfaire Handelspraktiken benachteiligt und das Handels- und Leistungsbilanzdefizit ließe sich darauf zurückführen. **Im Fokus der Kritik stand China, dessen Handelsüberschuss gegenüber den USA seit dessen Beitritt zur Welthandelsorganisation im Jahr 2001 deutlich anwuchs.** Die Losungen ‚America first‘ und ‚Jobs— Jobs—Jobs‘ prägten die Wahlkampf-Kampagne Donald Trumps und bereiteten den Weg für seine nationalistisch ausgerichtete Wirtschaftspolitik.

Zunehmende Leistungsbilanzungleichgewichte gingen einher mit immer ungleicher verteilten Einkommen weltweit — auch in den USA. Vor allem die gesellschaftliche Mitte hatte Einbußen im Lebensstandard und einen sozialen Abstieg zu verkraften. Besonders betroffen waren Beschäftigte in der Industrie, die einem immer schärferen internationalen Wettbewerbsdruck ausgeliefert waren. Zudem konzentrierten sich Arbeitsplatzverluste aufgrund des Konkurrenzdrucks aus China auf Regionen mit einem Industriebesatz, der diesem Druck in besonderer Weise ausgesetzt ist (Autor, et. al. 2013). Die ökonomische Spaltung führte zu einer Stärkung der politischen Ränder indem negative ökonomische Schocks den Wahlerfolg von Politikern ‚links und rechts außen‘ stärkten zu Lasten der politischen Mitte — und das schon lange vor der Präsidentschaftswahl 2016 (Autor, et. al. 2016). **In ihrer Untersuchung weisen die Autoren nach, dass durch die ökonomische Spaltung nicht nur protektionistische handelspolitische Initiativen begünstigt sondern insgesamt die ideologische Zusammensetzung des Kongresses verändert wurde.** Zwar lassen sich auch in Deutschland Regionen identifizieren, die unter der Globalisierung litten, dennoch verbuchte Deutschland einen positiven Gesamteffekt auf dem Arbeitsmarkt, sodass insgesamt eine weniger kritische Haltung gegenüber der Handelsliberalisierung vorherrschend ist (Südekum, et. al. 2016). Zudem ist es vermutlich besser gelungen, den globalisierungsbedingten strukturellen Wandel gesellschaftspolitisch abzufedern.

Mit dem Wahlerfolg Donald Trumps, welcher sich durch den Wahlerfolg in jenen Bundesstaaten im Norden der USA („Rust Belt“: Wechselstaaten Ohio und Pennsylvania, aber



auch Michigan) einstellte, die relativ stark unter dem Importdruck aus China litten, gelangte eine mehr nationalistische Wirtschaftspolitik auf die Tagesordnung. Es handelt sich bei dieser Region um die älteste und die größte Industrieregion der USA. Dort sind besonders viele Arbeitsplätze verloren gegangen. Die Wähler machen für den ‚industriellen Niedergang‘ die liberale Handelspolitik bzw. die Globalisierung verantwortlich. Die ‚Segnungen‘ des liberalisierten und durch technologische Innovationen erleichterten internationalen Warenaustauschs wurden in den letzten Jahren auch im wissenschaftlichen Diskurs zunehmend kritisch gesehen. Zwar kann gezeigt werden, dass insbesondere der Abstand zwischen armen und reichen Ländern geringer wurde indem die ärmeren Länder aufholten, dass jedoch das Gefälle innerhalb einzelner Länder deutlich gestiegen ist und vor allem die (untere) Mittelschicht der ‚reichen‘ Welt Verluste erlitten hat (Milanovic, 2016, S. 21).

Staaten, die 2012 noch mehrheitlich die Demokraten wählten und in 2016 an die Republikaner gingen



Quelle: <http://www.spiegel.de/politik/ausland/wahlergebnisse-usa-wo-donald-trump-triumphierte-a-1120406.html>

2.4 Mit Protektionismus und Steuerpolitik eine ausgeglichene Handels- und Leistungsbilanz?

Vor dem Hintergrund der sehr komplexen Zusammenhänge und der verschiedenen Erklärungen zu den Ursachen der globalen Ungleichgewichte erscheint die Handlungslogik der amtierenden US-Regierung wie ein simples Kochrezept. Die politische Agenda Donald Trumps sorgt seit seinem Amtsantritt nahezu täglich für Schlagzeilen in der internationalen Medienlandschaft. Neben Einreisebeschränkungen, dem Kampf gegen illegale Einwanderung und der gescheiterten Abschaffung der von Barack Obama eingeführten Pflichtkrankenversicherung ‚Obama-Care‘ gibt es zwei weitere Kernelemente seines politischen Handelns, die wir im Folgenden detaillierter betrachten wollen:

- **Ausstieg bzw. Neuverhandlung bestehender Handelsabkommen** (NAFTA; seit 1. Oktober 2018 gibt es jetzt ein reformiertes Abkommen: USMCA — United States-Mexico-Canada-Agreement), Nicht-Ratifizierung bzw. Ausstieg aus (nahezu aus-) verhandelten Abkommen zur Schaffung von Freihandelszonen (TPP und TTIP), Einführung von ‚Schutzzöllen‘ (zunächst für Aluminium und Stahl) gegen-

über Handelspartnern mit Handelsbilanzüberschüssen gegenüber den USA (China und Europäische Union),

- **eine Steuerreform** zur Reduktion der Einkommen- und Körperschaftsteuer, Umstellung auf Territorialprinzip mit begleitenden Maßnahmen zur Sicherung des Steueraufkommens, Maßnahmen, mit dem Ziel, (Forschungs- und Entwicklungs-)Investitionen an US-amerikanischen Standorten zu fördern; **Ankündigung eines umfassenden Investitionsprogramms**, um Straßen, Brücken und (Flug-)Häfen zu modernisieren, NATO-Verbündete sollen einen größeren Teil an den Kosten für Sicherheit und Verteidigung übernehmen. Die Staatsschuldenlast der USA soll sinken, den Defiziten im Staatshaushalt sollen Grenzen gesetzt werden.

Massive Widerstände der Handelspartner und Irritationen an Devisen- und Finanzmärkten lösten die Ankündigung und Einführung von Schutzzöllen aus. **Die Einführung erhöhter Einfuhrzöllen** gegenüber weiteren Waren aus der Europäischen Union — zusätzlich zu den seit 1. Juni 2018 eingeführten Zöllen auf Stahl und Aluminium — ist nach dem **Treffen vom 25. Juli und der gemeinsamen Erklärung zwischen Donald Trump und EU-Kommissionspräsident Juncker ausgesetzt**. Auch die Ankündigung von Importzöllen auf Autos aus der EU nahm Donald Trump zurück. Seit 22. Juni erhebt die EU Gegenzölle auf Importe auf Stahl, Aluminium, verschiedene landwirtschaftliche Produkte und Konsumgüter aus den USA. **Aktuell herrscht Waffenstillstand: Geplant sind jetzt der Abbau von Zöllen und die weitere Öffnung der Agrarmärkte sowie die Freizügigkeit der Beschäftigten** (EU Commission, 2018).

Gegenüber China verfährt Donald Trump weiterhin mit unverbinderter Härte; gleichwohl führen Spitzendiplomaten Hintergrundgespräche. Die Schutzzölle der USA gegenüber China treffen auch die Europäische Union, weil aufgrund der Abschottung des US-amerikanischen Marktes nun vermehrt chinesische Produkte in die EU gelangen und dort zu einem Preisverfall führen könnten. **Chinas Importzölle auf Automobile aus den USA, die seit dem 23. August 2018 gelten, treffen auch deutsche Automobilhersteller**, da die US-amerikanischen Standorte deutscher Automobilisten den chinesischen Markt beliefern. Die Folgen sind aufgrund des unklaren Ausgangs des Konflikts noch nicht abschätzbar. Aber bereits jetzt zeigt sich jenseits der direkten Schwächung des Handels, dass durch die Planungsunsicherheit der Unternehmen die Konjunktur einen Dämpfer erleiden wird.

Den größten Erfolg erzielte Donald Trump am 22. Dezember 2017 mit der Annahme des Steuerreformgesetzes durch den Kongress. Er feierte die Reform als das umfassendste steuerpolitische Projekt seit 30 Jahren. Das ‚Steuersenkungs- und Beschäftigungsgesetz‘ (Tax Cuts And Jobs Act) zielt auf eine Reduktion der Einkommen- und Körperschaftsteuersätze. So wird der Spitzensteuersatz von 39,6 Prozent auf 37 Prozent reduziert, auch für untere Einkommensklassen gibt es niedrigere Steuersätze oder geänderte Einkommensgrenzen, ausgenommen ist die unterste Einkommensklasse. Die Körperschaftsteuer wird



auf Bundesebene von 35 auf 21 Prozent reduziert. Damit sinkt der Steuersatz für die gesamte Unternehmensbesteuerung von 38,9 auf 25,75 Prozent. Die USA folgen dem allgemeinen Trend sinkender Unternehmensbesteuerungen und vollziehen nach, was andere Länder schon lange zuvor umgesetzt haben. Allerdings sagt der Steuersatz allein relativ wenig über die effektive Besteuerung der Unternehmen. Genauso wichtig ist die Bemessungsgrundlage, bzw. die Gewinnermittlung. Bemerkenswert ist, wie versucht wird über die weiteren Maßnahmen, Investitionen sowie Forschung und Entwicklung an US-amerikanischen Standorten zu fördern (siehe Kasten). So gehen auch erste Schätzungen von einem Anstieg deutscher Direktinvestitio-

nen in den USA um rund 39 Milliarden Euro aus, was einer Steigerung um 25 Prozent entsprechen würde (ZEW, 2018).

Bestandteile der US-Steuerreform

1. Senkung der Einkommen- und Körperschaftsteuer

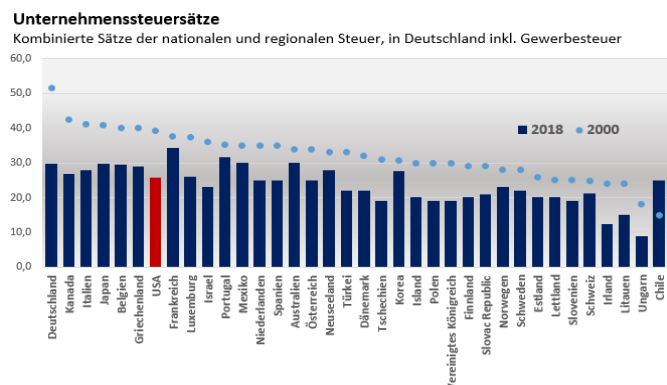
- Einkommensteuer: Senkung der Grenzsteuersätze; der Spitzensteuersatz wird von 39,7 auf 37 Prozent abgesenkt; auch für untere Einkommensklassen niedrigere Steuersätze oder geänderte Einkommensgrenzen, ausgenommen ist die unterste Einkommensklasse
- Körperschaftsteuer: Senkung von 35 auf 21 Prozent für die Bundessteuer, somit Reduzierung des Steuersatzes für die gesamte Unternehmensbesteuerung von 38,9 auf 25,75 Prozent

2. Umstellung auf das Territorialprinzip mit begleitenden Maßnahmen zur Sicherung des Steueraufkommens

- Territorialprinzip: in den USA werden nicht mehr die weltweit erzielten Einkommen besteuert, sondern nur noch die in den USA erwirtschafteten Gewinne.
- Freistellung ausländischer Dividenden ab einer Beteiligungshöhe von zehn Prozent
- Einmalige Nachversteuerung der zwischen 1986 und 2017 entstandenen und bisher in den USA nicht steuerlich erfassten Gewinne ausländischer Tochtergesellschaften (Toll Tax: 15,5 Prozent für liquide Mittel, sonst acht Prozent unter Anrechnung bereits im Ausland gezahlter Steuern).
- In den kommenden fünf Jahren sind Investitionsausgaben von der Körperschaftsteuer voll abzugsfähig.

3. Maßnahmen, um Investitionen und (Produktionsstandort-rück-)Verlagerungen in die USA anzuregen

- Mindeststeuer auf Gewinne von Auslandsbeteiligungen: bis 2025 19,5 Prozent, danach 13,125 Prozent
- ‚Patentbox‘: Besteuerung von Auslandsgewinnen aus der mutmaßlichen Verwertung von heimischem ‚Geistigem Eigentum‘
- Zusatzsteuer auf eine fiktive inländische Wertschöpfung, die aufgrund von ‚übermäßigen‘ Zahlungen an verbundene Unternehmen dem regulären Steuerzugriff entzogen ist (Maßnahmen gegen ‚Gewinnabschöpfung‘ mittels unangemessener Verrechnungspreise). (Becker/Englisch, 2018)



Quelle: OECD-iLibrary.org

Grafik: IG Metall, Ressort Koordination Branchenpolitik

Projektionen lassen erwarten, dass die Steuerreform insgesamt zwar kurzfristig das Wachstum stimulieren, der Impuls aber in den kommenden Jahren abflachen wird (ifo, 2017, S. 12). So erhöhten Anfang 2018 zahlreiche Konjunkturforschungsinstitute und der Internationale Währungsfonds die kurzfristigen BIP-Prognosen für die USA. Voraussichtlich wird die Arbeitslosenquote im Jahr 2018 unter vier Prozent fallen. Diese Prognose ist bereits im September mit einer Quote von 3,7 Prozent übertroffen worden. Die Quote ist auf dem niedrigsten Stand seit 1969.

Aufgrund des derzeit sehr hohen Auslastungsgrades des Produktionspotenzials steigt allerdings die Inflationsrate in den USA und veranlasst die US-amerikanische Notenbank (Fed) zu weiteren Zinsschritten, die den Konjunkturaufschwung bremsen werden. Steigende Zinssätze in den USA beeinträchtigen die Investitionen; und weil höhere Zinssätze in den USA dort die Kapitalanlage attraktiver machen, nehmen die Kapitalimporte zu. Die dafür notwendigen Devisen beziehen die Kapitalexporteure auf den Devisenmärkten, weshalb der US-Dollar aufwertet und die preisliche Wettbewerbsfähigkeit US-amerikanischer Waren belastet.

Weil trotz der sinkenden Steuersätze und Einnahmen die Staatsausgaben nicht reduziert werden, steigen das Staatsdefizit, die Staatsverschuldung und die Auslandsverschuldung der USA. Der Wachstumsimpuls wird nicht ausreichen, die Staatsschuldenquote (Staatsschulden zum BIP) von derzeit 77 Prozent zu verringern. Prognosen schätzen, dass sie bis 2027 vielmehr auf 100 Prozent steigen wird (nur Zentralstaat, einschließlich aller Bundesstaaten liegt die Verschuldung noch höher, Congressional Budget Office, Mai 2018). Somit dürfte Donald Trump in dieselbe Falle tappen wie schon sein republikanisches Vorbild Ronald Reagan 1981, als dieser sich von der Steuersenkung eine Erhöhung der Einnahmen über eine Stimulierung des Wachstums versprach.

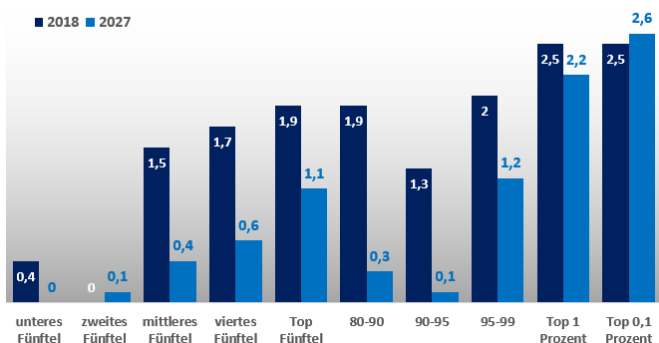
Der kurzfristige Wachstumsimpuls dürfte darüber hinaus die Importe erhöhen und lässt die Handelsbilanz weiter ins



Defizit gleiten. Zu dieser Folgenabschätzung der US-amerikanischen Steuerreform gelangte auch der Internationale Währungsfonds in seinem aktuellen Bericht zu globalen Ungleichgewichten und im jährlichen Länderbericht zur ökonomischen Situation der Vereinigten Staaten (IMF, 2018a, S. 20 und IMF, 2018b, S. 11). **Kurzfristig kann Donald Trump mit enormen Beschäftigungseffekten — vor allem im Bergbau — bei seinen Wählern punkten.** Die Kursgewinne an den Börsen streichelten lange Zeit seine wirtschaftsliberale Anhängerschaft. Die Reaktion der Fed sorgt allerdings bereits jetzt für Verluste. Der Aufschwung ist auf Pump finanziert und mit der vermutlich weiter ins Defizit geratenden Handelsbilanz erreicht er das Gegenteil dessen, was er beabsichtigte.

Die mittelfristigen Erwartungen hängen davon ab, wie andere Länder auf die Steuerreform reagieren. Sollten sie in eine erneute Runde des Steuerdumpings einsteigen und dazu übergehen ebenfalls steuerliche Anreize für Investitionen zu schaffen, dürften dadurch Kapitalexperte in die USA und damit der Wachstumsimpuls geringer werden. In diese Richtungen gehen die Empfehlungen des ZEW (2018). Auch das aktuelle 10-Punkte-Aktionsprogramm des deutschen Wirtschaftsministeriums ist vor diesem Hintergrund zu bewerten. Es zielt darauf ab, die Unternehmenssteuern umfassender zu senken und geht damit über die Vereinbarungen im Koalitionsvertrag hinaus. Allerdings würde damit einerseits die Finanzierung notwendiger staatlicher Aufgaben und auch die soziale Abfederung struktureller Umbrüche erschwert, oder aber andererseits die Verschuldungsspirale und damit die Befuerung destabilisierender globaler Finanzmärkte weiter angetrieben werden.

Verteilungseffekte der US-Steuerreform
Veränderung des versteuerten Einkommens, in Prozent



Quelle: Tax Policy Center

Grafik: IG Metall, Koordination Branchenpolitik

Entgegen aller Wahlkampfrhetorik, vor allem die ‚hart arbeitenden‘ Amerikaner zu unterstützen, birgt die Steuerreform sozialen Sprengstoff: Durch die Reform profitieren im Durchschnitt höhere Einkommensklassen mehr — sowohl absolut als auch prozentual bezogen auf ihr versteuertes Einkommen (Tax Policy Center | Urban Institute & Brookings Institution, 2017). Die unteren vierzig Prozent der Einkommensbezieher werden kaum spürbare Entlastungen von 0,4 bzw. Null Prozent erzielen, während das versteuerte Einkommen der

Spitzeneinkommensbezieher (Top-Ein-Prozent) im Jahr 2018 um 2,5 Prozent zulegen wird. Auch in späteren Jahren profitieren mehr die oberen Einkommensgruppen. **Die Steuerreform verschärft somit die soziale Ungleichheit und geht zu Lasten auch jener Wählergruppen, welchen Donald Trump seine Wahl zu verdanken hatte.**

Abgesehen von der sozialen Schieflage bei der Steuerentlastung zeigt der Staatshaushalt 2019 Ausgabenkürzungen in Budgetbestandteilen, die grundsätzlich eher den unteren Einkommensklassen zu Gute kommen. Dazu gehören Investitionen in den Wohnungsbau und in Bildung. Zugunsten eines kräftig wachsenden Militärhaushalts werden darüber hinaus — entgegen der Versprechungen während des Wahlkampfs — Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur vernachlässigt (Office of Management and Budget | OMB.Gov, 2018). ‚Schutz‘ und ‚Sicherheit‘ des amerikanischen Volkes haben höchste Priorität. Und nach Auffassung des Präsidenten sind diese offenbar in erster Linie durch militärischer Stärke zu gewährleisten.

„Stellen Sie sich die Wunder vor, die wir vollbringen können, ..., wenn wir die Menschen träumen lassen durch die Beseitigung der Schranken, die unser ökonomisches Wachstum zurückhalten.“

*Die Botschaft des Präsidenten in seiner Budgetplanung 2018
„A New Foundation for American Greatness
(Ein neues Fundament für amerikanische Größe)“.*

3. Fazit

„Die frühe Saat des Aufstands der Populisten des 21. Jahrhunderts wurde mit den wirtschaftlichen Verwerfungen der 70er Jahre gesät, welche sich über die Zeit nur verschärft haben.“

*Robert Kuttner, Can Democracy survive Global Capitalism?
(2018)*

In den siebziger Jahren wurden die ökonomischen, politischen und organisatorisch/technischen Weichen gestellt, die zur Entfesselung der Märkte und zur starken Zunahme der internationalen Verflechtung geführt haben. Weltweite Kapitalströme,



weltweiter Handel und globaler Reichtum nahmen mit der Globalisierung massiv zu. Aber es gibt auch die "Schatten der Globalisierung" (Stiglitz, 2002).

Die weltweite Verschmelzung der Märkte hat ungeahnten Wohlstand gebracht. Doch nicht alle nehmen daran in gleicher Weise teil. Es haben sich enorme Ungleichgewichte in den Handels- und Leistungsbilanzen herausgebildet, die hohe Risiken bergen. Auch die Einkommens- und Vermögensverteilung ist deutlich ungleicher geworden. In den letzten Jahrzehnten holten zwar die Entwicklungs- und Schwellenländer auf, aber die Mittelschicht in den Industrieländern sieht sich zum Großteil abgehängt vom wachsenden Reichtum des globalen oberen ‚Einen-Prozent‘. Die Unsicherheit nimmt zu. Mit der Globalisierung wachsen der Kampf um Produktneuheiten und Prozessinnovationen. Der Wettbewerbsdruck auf Produktions- und Arbeitsweise, auf Preise und Löhne nimmt zu. Das seit Anfang der 80er Jahre idealisierte Bild vom ‚schlanken‘ Staat, der den Marktkräften weichen soll, führte zu Privatisierungen des öffentlichen Vermögens, Einsparungen in der Sozialpolitik, Flexibilisierung und Prekarisierung der Arbeitsmärkte sowie Deregulierung des Banken- und Finanzsektors. Und mehrte somit den Reichtum der Reichen.

Unternehmenslenker und -eigentümer bestimmen nicht mehr allein, wo Produktionsstandorte errichtet werden. **Finanzinvestoren nehmen Einfluss auf Realinvestitionen sowie Unternehmensfusionen und -absaltungen. Sie treiben die Kurse und blähen das globale Immobilien- und Geldvermögen auf.** Kapitalströme und Einzelinvestoren stimmen mit ihren Investitionsentscheidungen über die Steuerpolitik und Regulierung von demokratisch gewählten Regierungen ab (‚Regulierungs-Arbitrage‘), — entscheiden gar über die Besetzung des Postens eines Finanzministers, wie zuletzt nach der Wahl in Italien. Demokratische Gestaltungsmacht scheitert oft an der Macht der Finanzmärkte oder großer Konzerne (‚Marktkonforme Demokratie‘ Merkel).

In den letzten Jahren – vor allem seit der weltweiten Wirtschafts- und Finanzkrise – wächst ein fundamentaler Widerstand gegen die Globalisierung. Die Wahl von Donald Trump zum Präsidenten der USA ist nur der sichtbarste Ausdruck dieser Entwicklung. Die Mehrheit der Briten für den Brexit ist ein anderer Ausdruck dafür. Es ist kein Zufall, dass gerade in den USA, aber auch im Vereinigten Königreich, als Speerspitzen des neoliberalen Paradigmenwechsels unter Ronald Reagan und Maggie Thatcher, nun die protektionistische, bzw. separatistische Notbremse gezogen wird. Beides führt in die Sackgasse. Aber auch in ganz Europa haben nationalistische rechte Parteien massiv an Popularität gewonnen. In Deutschland ist die europakritische AfD inzwischen in den Bundestag eingezogen. Es geht diesen Kräften nicht um die Gestaltung einer demokratischeren und faireren Globalisierung. Die Abschottung des Nationalstaates soll alle Probleme lösen, die engen Verflechtungen zerschlagen werden.

Sollten diese Kräfte noch stärker werden, drohen gewaltige ökonomische, politische und soziale Verwerfungen. **Gerade Deutschland ist wie kaum ein anderes Land auf offene Grenzen und ungestörten weltweiten Handel angewiesen.** Dabei lösen die Rezepte der Populisten nicht die Probleme der Menschen. **Der Schlagabtausch zwischen den USA und China ist ein Nullsummenspiel ohne Gewinner, aber mit dem Risiko, dass die gesamte Weltökonomie in eine neue Krise getrieben wird.** Das Agieren von Donald Trump in den USA wird das Leistungsbilanzdefizit nicht verringern, es droht langfristig sogar noch weiter zu steigen. Von der Steuerpolitik profitieren vor allem Menschen mit hohem Einkommen und großem Vermögen. Die Deregulierung des Finanzsektors wird die ungehemmte Spekulation weiter befeuern.

Solange das Paradigma der neoliberalen Globalisierung vorherrscht, wird man die Tendenzen zu Nationalismus und Protektionismus nicht überwinden. Einzelne Vereinbarungen, etwa zum Abbau von Zöllen, sind natürlich möglich und sinnvoll, wenn damit faire Wettbewerbsbedingungen nicht ausgehebelt werden. Aber die Globalisierungsverlierer werden immer wieder jenen eine politische Stimme verleihen, die das Rad der Geschichte zurückdrehen wollen. **Das Wohlstandsversprechen der Globalisierung hat seine Glaubwürdigkeit verloren. Der nationale Schutzraum ist eine ebenso einfache wie unwirksame Antwort darauf.** Eine Abwahl Donald Trumps würde nur kurzfristig eine Lösung bieten. Die Probleme müssen an der Wurzel gelöst werden. Ein ‚weiter so‘ ist keine wirksame Handlungsoption. Ungleichheit ist das zentrale Problem der Globalisierung. Die große Kluft zwischen Arm und Reich untergräbt die Wachstumspotenziale und führt dazu, dass sich immer mehr Menschen einer offenen Welt verschließen.

„Für mich ist es entscheidend, dass ich nicht akzeptiere, dass zunehmende Ungleichheit unvermeidlich ist: sie ist nicht nur ein Produkt von Kräften außerhalb unserer Einflussmöglichkeit. Es gibt Schritte zur Reduktion des gegenwärtigen Niveaus der Ungleichheit, die von Regierungen unternommen werden können, entweder allein oder gemeinsam, durch Unternehmen, durch Gewerkschaften und Verbraucherschutzorganisationen und von jedem einzelnen.“

Anthony B. Atkinson: Inequality – What can be done? (2015)

Gewerkschaften stehen in der Auseinandersetzung um die primäre Verteilung zwischen Kapital und Arbeit an vorderster Front, **erfolgreiche Tarifauseinandersetzungen wirken der Ungleichheit entgegen.** Das funktioniert nur mit einer starken Organisations- und Handlungsmacht der Gewerkschaften. Tarifpolitik allein kann es aber nicht richten, nötig sind dafür die entsprechenden politischen und ökonomischen Rahmenbedin-



gungen. Dafür müssen wir auf der nationalen und der internationalen Ebene kämpfen:

- Finanzmarktregulierung (zum Beispiel mit einer Regulierung der Schattenbanken durch kartellrechtliche Überwachung und unterbinden des Missbrauch unterschiedlich strenger Regulierung ('Regulierungsarbitrage') durch internationale Absprachen, Finanztransaktionssteuer),
- Faire Welthandelsordnung (WTO-Reform, Balance zwischen staatlicher Regulierungsmöglichkeit und Handelsliberalisierung, legitime staatliche Regulierung darf durch den Investorenschutz nicht beschränkt werden, effektiv durchsetz- und sanktionierbare Regeln zum Schutz und zur Verbesserung von Arbeitnehmerrechten gegen den Unterbietungswettbewerb bei Arbeits- und Sozialstandards, die ebenso wie Preisdumping durch subventionierte Preise zu Schutzmaßnahmen berechtigen müssen),
- Internationale Kooperation bei Geld- und Finanzpolitik (Steuerhinterziehung und Steuerdumping verhindern, 'gerechtere' Steuerpolitik, Abwertungswettläufe der Währungen ('schmutziges Floaten') unterbinden, Alternativen zum US-Dollar als weltweite Handels- und Reservewährung entwickeln),
- Strukturpolitik zur Vermeidung regionaler Disparitäten,
- Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik zum Ausgleich von sozialen Verwerfungen mit voranschreitender Globalisierung.

Die zunehmende Verflechtung der globalen Handels- und Finanzströme vollzieht sich mit unterschiedlichen Geschwindigkeiten. Es gibt Gewinner und Verlierer. Die Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik ist gefordert, um Entwicklungsperspektiven zu schaffen, damit alle an den Wohlstandsgewinnen teilhaben können. Arbeits- und Sozialstandards dürfen keinem globalen ‚Race-to-the-Bottom‘ ausgesetzt werden. Es geht eben nicht darum, Arbeit ‚geschmeidig‘ für die Anforderungen des wirtschaftlichen Wandels und Demokratien wirtschaftsverträglich zu machen. **Diese politische Strategie hat versagt. Die globale Wirtschaftsordnung muss es demokratischen Gesellschaften ermöglichen, ihr Zusammenleben nach ihren Normen und Wertevorstellungen zu gestalten, um eine faire Globalisierung zu verwirklichen.**

„Wenn es Lehren aus der Geschichte gibt, dann einerseits die Gefahr einer amoklaufenden Globalisierung und andererseits die Formbarkeit des Kapitalismus. Es war der New Deal, der Wohlfahrtsstaat, und die kontrollierte Globalisierung unter dem Bretton-Woods-Regime, die letztlich marktwirtschaftlichen Gesellschaften das Überleben sicherte und den Nachkriegsboom ermöglichte.“

Dani Rodrik, Straight Talk on Trade, 2018

Literatur

Alvaredo, Facundo; Chancel, Lucas; Piketty, Thomas; Saez, Emmanuel; Zucman, Gabriel (2018): World Inequality Report

Atkinson, Anthony, B. (2015): Inequality, What can be done?, Harvard University Press, Cambridge, Massachusetts, London, England

Autor, David; Dorn, David; Hanson, Gordon (2013): The China Syndrome: Local Labor Market Effects of Import Competition in the United States, in: American Economic Review 2013, 103(6): 2121–2168

Autor, David; Dorn, David; Hanson, Gordon; Majlesi, Kaveh (2016). Importing political polarization? The electoral consequences of rising trade exposure, Working Paper 22637, National Bureau of Economic Research, Massachusetts

Becker, Johannes; Englisch, Joachim (2018): BEAT the GILTI — Gewinner und Verlierer der außersteuerrechtlichen Sonderregime der US-Steuerreform, in: ifo Schnelldienst, 4/2018, S. 9 – 12)

Bureau of Labor Statistics (BLS) (2018): Union Members — 2017, News Release, USDL-18-0080

Congressional Budget Office (2018): An Analysis of the President's 2019 Budget, Washington

EU Commission (2018): Statement/18/4687, Joint U.S.-EU Statement following President Juncker's visit to the White House, Washington, 25. July 2018

Ifo (2017): Konjunkturprognose, Dezember 2017

International Monetary Funds (IMF) (2017): World Economic Outlook — Gaining Momentum, April 2017, Washington

International Monetary Funds (IMF) (2018a): External Sector Report — Tackling Global Imbalances amid Rising Trade Tensions, July 2018, Washington

International Monetary Funds (IMF) (2018b): United States 2018 Article IV Consultation — Press Release; Staff Report; And Statement by the Executive Director For United States, Washington, July 2018

Krugman, Paul R.; Obstfeld, Maurice; Melitz, Marc J. (2015): Internationale Wirtschaft – Theorie und Politik der Außenwirtschaft, 10. Aktualisierte Auflage, Pearson Verlag, deutsche Ausgabe, Hallbergmoos

Kuttner, Robert (2018): Can Democracy Survive Global Capitalism?, W. W. Norton & Company, New York/London

Lübker, Malte; Schulten, Thorsten (2018): Europäischer Tarifbericht des WSI – 2017/2018, Lohnentwicklung und Ungleichheitsdynamiken, WSI Report Nr. 42, September 2018, Düsseldorf



Milanovic, Branko (2016): Die ungleiche Welt – Migration, das eine Prozent und die Zukunft der Mittelschicht, Suhrkamp Verlag Berlin

Office of Management and Budget | OMB.Gov (2018): Budget of the U.S. Government — Efficient, effective, accountable, an American Budget, Fiscal Year 2019, U.S. Government publishing Office, Washington

Rodrik, Dani (2011): The Globalization Paradox — Why Global Markets, States, and Democracy Can't Coexist, Oxford University Press, Oxford

Rodrik, Dani (2018): Straight Talks on Trade — Ideas for a Sane World Economy, Princeton University Press, New Jersey

Schmieg, Evita; Rudloff, Bettina (2016): Die Zukunft der WTO nach der Ministerkonferenz in Nairobi, in: SWP-Aktuell 09/2016 Berlin

Südekum, Jens; Dauth, Wolfgang; Findeisen, Sebastian (2016): Verlierer(-regionen) der Globalisierung in Deutschland: Wer? Warum? Was tun? Schriftenreihe: Ordnungspolitische Perspektiven Nr. 89, Düsseldorf Institut für Wettbewerbsökonomie, Düsseldorf University Press, Herausgeber: Prof. Dr. Haucap

Tax Policy Center | Urban Institute & Brookings Institution (2017): Preliminary Distributional Analysis of the Tax Cuts and Jobs Act, November 2017

Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) (2018): Analysis of US Corporate Tax Reform Proposals and their Effects for Europe and Germany, Final Report – Update, Mannheim

Impressum

Wirtschaftspolitische Information

Ausgabe Nr. 2 | Oktober 2018

Herausgeber:

Jürgen Kerner
Hauptkassierer und geschäftsführendes Vorstandsmitglied
IG Metall Vorstand
D-60519 Frankfurt am Main

Autoren:

Wilfried Kurtzke und Beate Scheidt

Grafiken:

Wilfried Kurtzke, Sandra Naumann, Beate Scheidt

Bezugsmöglichkeiten

IG Metall Vorstand

VB 03 Hauptkassierer
Ressort Koordination Branchenpolitik

Sarah Schäfer

D-60519 Frankfurt am Main
Telefon: +49(69) 6693 -2668

Fax: + (69) 6693 80 2091
Web: www.igmetall.de/download

Interesse an weiteren ökonomischen Publikationen?

Bitte Email an: sarah.schaefer@igmetall.de